

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung
der NATO**

**69. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO
vom 6. bis 9. Oktober 2023 in Kopenhagen, Dänemark**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Teilnehmende der deutschen Delegation	2
2 Schwerpunkte der Tagung	2
3 Politischer Ausschuss	2
4 Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit	4
5 Ausschuss für Demokratie und Sicherheit	10
6 Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit	12
7 Ausschuss für Wissenschaft und Technologie	15
8 Plenarsitzung	17
9 Verabschiedete Entschlüsse	21

1 Teilnehmende der deutschen Delegation

Die 69. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Nordatlantikpakt-Organisation (North Atlantic Treaty Organization, NATO PV) fand vom 6. bis 9. Oktober 2023 in Kopenhagen, Dänemark, statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegationsmitglieder:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Johann David Wadehul, Delegationsleiter (CDU/CSU),

Abgeordnete Marja-Liisa Völlers, stellvertretende Leiterin der Delegation (SPD),

Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),

Abgeordneter Dr. Joe Weingarten (SPD),

Abgeordnete Kerstin Vieregge (CDU/CSU),

Abgeordnete Merle Spellerberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter Dr. Marcus Faber (FDP),

Abgeordneter Joachim Wundrak (AfD).

Bundesrat:

Senator Ulrich Mäurer (SPD), Bremen,

Staatsminister Rainer Robra (CDU), Sachsen-Anhalt.

2 Schwerpunkte der Tagung

Schwerpunkte der Tagung waren die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, die Umsetzung der Beschlüsse des NATO-Gipfels in Vilnius, Chinas globale Rolle, die Sicherstellung einer industriellen Verteidigungsbasis, die Bekämpfung von Desinformation sowie der Schutz der maritimen Infrastruktur. Die Tagung war überschattet von den terroristischen Angriffen der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf Israel.

Die sechs Entschlüsse, die Berichtsentwürfe sowie die Zusammenfassungen der Beratungen in den Ausschüssen der Tagung sind auf der NATO PA-Webseite innerhalb der „E-LIBRARY“ abrufbar.

3 Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 7. Oktober, und am Sonntag, 8. Oktober 2023, unter dem Vorsitz von Brendan Boyle (USA). Schwerpunkte der Beratungen waren der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die NATO-Politik der „offenen Tür“ sowie die Neuausrichtung der globalen Ordnung.

3.1 Vortrag von Lisbet Zilmer-Johns, Staatssekretärin für Auswärtige Politik, dänisches Außenministerium, zum Thema „Die dänischen Perspektiven auf die wichtigsten Sicherheits Herausforderungen im euro-atlantischen Raum und darüber hinaus“

Lisbet Zilmer-Johns unterstrich die Bedeutung der NATO für die Wahrung des Friedens, insbesondere im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Sie betonte das Engagement Dänemarks zur Unterstützung der Ukraine und zur Abschreckung Russlands in den Nachbarländern. Zilmer-Johns sprach zudem über die sich entwickelnde Sicherheitslage im Ostseeraum, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit innerhalb der NATO und der EU sowie die globale Rolle Chinas. Sie betonte außerdem die Bedeutung eines geschlossenen Auftretens in den Auseinandersetzungen um Freiheit und Demokratie weltweit.

3.2 Vortrag von Ruben-Erik Diaz-Plaja, Senior Policy Adviser, Politische Planungseinheit beim NATO-Generalsekretär, zum Thema „Die Prioritäten der NATO nach dem Gipfel von Vilnius“

Ruben-Erik Diaz-Plaja stellte die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Vilnius dar und betonte die entscheidenden Erkenntnisse für die künftige Sicherheitslage des Bündnisses. So hätten die NATO-Gipfel von Brüssel, Madrid und Vilnius einen ehrgeizigen Zeitplan für die Neuausrichtung der Abschreckungs- und Verteidigungsstrategien der NATO als Reaktion auf die sich verändernde globale Sicherheitslandschaft aufgestellt. Diaz-Plaja hob die Bedeutung der fortgesetzten Unterstützung der Ukraine hervor und informierte über ein mehrjähriges Programm

zur Unterstützung der Anpassung der Ukraine an NATO-Standards. Insbesondere sei der neue NATO-Aktionsplan für die Rüstungsproduktion mit seinen Zielen der Steigerung der Produktionskapazitäten und der Interoperabilität zu nennen. Zudem ging Diaz-Plaja auf die Reaktion der NATO auf den sich veränderten strategischen Wettbewerb und ihr Engagement in der südlichen Nachbarschaft ein. Eine Expertengruppe sei beauftragt worden, den NATO-Ansatz für Partnerschaften mit den südlichen Nachbarn zu begutachten.

3.3 Vortrag von Maksym Suprun, Kommandeur der 66. Mechanisierte Brigade (2022–2023) der Streitkräfte der Ukraine, zum Thema „Der russische Krieg gegen die Ukraine: Einblick von der Front“

Maksym Suprun erläuterte die Sicherheitslage in der Ukraine und hob insbesondere die russische Konfliktbereitschaft sowie die anhaltende Mobilisierung hervor. Die Mobilisierung umfasse die monatliche Rekrutierung mehrerer Tausend Mann und die Verlegung erheblicher Mengen an Waffen und gepanzerter Fahrzeuge. Suprun berichtete von persönlichen Erfahrungen mit einer überraschenden Offensivoperation, die sich in eine Defensivoperation umwandelte und illustrierte hiermit den wandlungsfähigen Charakter des Konflikts. Er ging auf die Herausforderungen ein, beispielsweise versteckte feindliche Stellungen in bewaldeten Gebieten, die den Einsatz von Drohnen und weiteren Geräts erschwerten. Probleme träten auch im Zusammenhang mit der Echtzeit-Lagebeurteilung, Störungen der elektronischen Kampfführung und dem Mangel an sicheren Kommunikationswegen auf. Suprun betonte die dringende Notwendigkeit internationaler Unterstützung in diesen Bereichen und unterstrich die Komplexität und Anpassungsfähigkeit der russischen Streitkräfte in dem ausgedehnten Konflikt.

3.4 Vortrag von Dr. Gustav Gressel, Senior Policy Fellow, European Council on Foreign Relations, zum Thema „Der lange Weg zum ukrainischen Sieg – die Rückkehr des Krieges zwischen Industrienationen und die Lehren daraus“

Dr. Gustav Gressel ging auf die verschiedenen Facetten der Entwicklung des Konflikts ein, namentlich Russlands strategische Ziele und militärische Fähigkeiten. Er unterstrich die Bedeutung technischer Voraussetzungen und Fähigkeiten in der modernen Kriegsführung, wie beispielsweise den Einsatz von Drohnen. Die Ukraine müsse sich an die sich ständig ändernde Art der Kriegsführung anpassen. Er betonte die Herausforderungen für die Ukraine in den Bereichen Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte. Gressel ging weiter auf die geopolitischen Auswirkungen des Konflikts ein, darunter die Rolle Chinas bei der Lieferung kriegswichtiger Güter an Russland. Er sprach sich für eine langfristige Unterstützung der Ukraine aus und stellte fest, dass Osteuropa als gegenwärtiger Kriegsschauplatz nicht isoliert betrachtet werden dürfe, sondern vielmehr die Einbettung in den weiteren Kontext eines sich wandelnden internationalen Systems zu beachten sei.

3.5 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ zum Thema „Die Zukunft der NATO-Politik der offenen Tür“, vorgelegt von dem Berichterstatter Audronius Azubalis (Litauen)

Audronius Azubalis betonte die Bedeutung der NATO-Politik der offenen Tür in der gegenwärtigen Sicherheitslage. Er wies auf den erfolgreichen Beitritt Finnlands zur NATO und die mögliche Mitgliedschaft Schwedens hin, die die Verteidigungsfähigkeiten der NATO stärken würden. Er plädierte für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, um die Sicherheit der Alliierten zu gewährleisten und Russland von weiteren Aggressionen abzuhalten. Georgien solle den Pfad der Reformen nicht verlassen und sich zu den Bedenken hinsichtlich demokratiepolitischer Rückschritte und einer politischen Ausrichtung auf die Gegner der NATO verhalten. Er äußerte seine Sorgen über die politische Fragmentierung von Bosnien und Herzegowina und rief die politische Führung des Landes auf, die Anstrengungen zu erhöhen, den NATO- und EU-Mitgliedschaftsstandards zu entsprechen.

Der überarbeitete Berichtsentwurf wurde mit vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

3.6 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Chinas globale Rolle angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine“, vorgelegt von der Berichterstatterin Ana-Maria Catauta (Rumänien)

Ana-Maria Catauta legte dar, die Verbündeten sollten sich auf die vordringliche Aufgabe fokussieren, der Ukraine zu helfen, sich gegen den unrechtmäßigen und brutalen russischen Angriffskrieg durchzusetzen, dabei aber nicht die systemischen und langfristigen Herausforderungen für die Interessen, Sicherheit und Werte der Verbündeten durch ein autoritäres und revisionistisches China aus dem Blick verlieren. China versuche, die regelbasierte Weltordnung zu verändern und die euro-atlantische Gemeinschaft müsse sich auf eine lang andauernde Rivalität

mit China einstellen. Während sich die NATO weiterhin auf ihren unmittelbaren Zuständigkeitsbereich konzentrieren sollte, müssten die Verbündeten erhebliche Ressourcen in diese Rivalität investieren. Es sei von entscheidender Bedeutung, dass alle Bündnispartner sich solidarisch verhielten und einen angemessenen Anteil an der Verantwortung für die Sicherheit des Bündnisses und für die Zukunft der regelbasierten Weltordnung übernahmen.

Der überarbeitete Berichtsentwurf wurde mit Änderungen angenommen.

3.7 Beratung des Generalberichtentwurfs „Der russische Krieg gegen die Ukraine: Strategische Imperative für die NATO“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Tomas Valasek (Slowakei)

Lord Hamilton of Epsom (Vereinigtes Königreich) stellte in Vertretung des verhinderten Berichterstatters den Bericht vor und begrüßte die beim Gipfel in Vilnius, einschließlich der Verabschiedung regionaler Verteidigungspläne, angenommenen Beschlüsse. Er stellte Putins Fehleinschätzungen beim Einmarsch in die Ukraine heraus und erklärte, Putin sei mit seinem Ziel gescheitert, die NATO zu spalten. Die Ukraine könne sich für einen Sieg auf hoch motivierte und tapfere Streitkräfte verlassen, allerdings benötige das Land ebenfalls technisch fortschrittlichere Ausrüstung als Russland. Der Krieg in der Ukraine werde länger dauern als gehofft. Entscheidend sei, dass die Verbündeten entschlossen blieben und die Ukraine weiterhin mit den erforderlichen Rüstungsgütern versorgten.

Der Generalberichtsentwurf wurde mit Änderungen angenommen.

3.8 Vortrag von Rachel Rizzo, Senior Fellow, Europe Centre, zum Thema „Russland, China und der globale Süden“

Rachel Rizzo untersuchte die sich wandelnde Dynamik des Globalen Südens. Sie betonte die Notwendigkeit, dass der Westen mit Ländern des Globalen Südens in Fragen des Klimawandels, der Migration und der Dekarbonisierung zusammenarbeiten müsse. Die Prioritäten des Globalen Südens gingen dabei über internationale Konflikte hinaus, während der wirtschaftliche Aufstieg Indiens und die globalen Führungsambitionen Chinas die westlich-zentrierte Ordnung in Frage stellten.

3.9 Beratung des Entschließungsentwurfs „Die Umsetzung der Beschlüsse des Gipfels von Vilnius: Die Beschleunigung der Anpassung der NATO und die Unterstützung der Ukraine“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Tomas Valasek (Slowakei)

Lord Hamilton of Epsom (Vereinigtes Königreich) stellte in Vertretung für den Berichterstatter die Bedeutung der Beschlüsse des Gipfels von Vilnius für die Stärkung der transatlantischen Bindung dar. Die Beschlüsse deckten sich mit den Empfehlungen, die die Versammlung während der Frühjahrstagung in Luxemburg erarbeitet habe. Kernelemente der Entschließung seien insbesondere die Verstärkung der gefechtsbereiten Vorwärtsverteidigungskräfte an der Ostflanke und die Verpflichtung zur Einhaltung der vereinbarten Verteidigungsausgaben. Die Versammlung trete seit langem für die Identität der NATO als eine auf gemeinsamen demokratischen Werten aufbauende Gemeinschaft ein. Um diese Verpflichtung praktisch umzusetzen, sei die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier von entscheidender Bedeutung. Er sprach sich für die Lieferung moderner Waffensysteme an die Ukraine aus, um sie bei der Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität zu unterstützen. Der Entschließungsentwurf decke weitere wichtige Themen vom Umgang mit der Herausforderung durch China bis hin zur Bekämpfung und Bewältigung des Klimawandels ab.

Von den 16 eingereichten Änderungsanträge wurden 14 angenommen. Der geänderte Entschließungsentwurf wurde sodann mit den beschlossenen Änderungen angenommen.

4 Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, 7. Oktober, und am Sonntag, 8. Oktober 2023, unter dem Vorsitz von Alec Shelbrooke (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkt der Beratungen waren der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, gemeinsame Beschaffungen im militärischen Bereich sowie die Sicherstellung einer industriellen Verteidigungsbasis des Bündnisses.

4.1 Vortrag von Troels Lund Poulsen, Verteidigungsminister des Königreichs Dänemark, zum Thema „Dänemarks Beitrag zur überarbeiteten Abschreckungs- und Verteidigungsposition der NATO“

Troels Lund Poulsen sprach über den russischen Angriff auf die Ukraine und Dänemarks Rolle im euro-atlantischen Sicherheitsgefüge. Er merkte an, dass Dänemark mit seinem Engagement in Höhe von 4,4 Milliarden Euro zu den größten Unterstützern der Ukraine auf einer pro Kopf-Basis zähle. Diese Politik werde von allen Parteien im dänischen Parlament getragen und erfahre ebenfalls eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Die veränderte geopolitische Lage habe dazu geführt, dass Dänemark sein sicherheitspolitisches Engagement im Ostseeraum und im Hohen Norden stärker ausbauen wolle. Im Rahmen der NATO-Beistandsinitiative Enhanced Forward Presence hat Dänemark ein Bataillon in Lettland stationiert. Für die nächsten zehn Jahre wolle man 20 Milliarden US-Dollar bereitstellen, um Dänemarks Armee zu modernisieren und das Zwei-Prozent-Ziel der NATO zu erreichen. Auf Nachfrage von **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) antwortet **Poulsen**, dass eine Entscheidung darüber, wo konkret diese Investitionen getätigt werden sollen, noch nicht getroffen sei, vor dem Hintergrund des verstärkten Engagements im Ostseeraum und im Hohen Norden der Schwerpunkt aber auf der Stärkung der maritimen Fähigkeiten liegen solle. **Rick Larsen** (Vereinigte Staaten) erkundigte sich nach der dänischen Beschaffungsstrategie für Militärgüter. Dänemark wolle verstärkt in die heimische Produktion investieren (insbesondere die Herstellung von Munition), so **Poulsen**. Allerdings wolle man auch die bisherigen Partnerschaften mit internationalen Herstellern weiter aufrechterhalten. **Tom Vandenkendelaere** (Europäisches Parlament) wies darauf hin, dass das Europäische Parlament seit längerem ein Gesamtkonzept der NATO für die Sicherheit des arktischen Raums fordere und fragte nach Herausforderungen und Lösungsansätzen für diese Region. **Poulsen** wies darauf hin, dass Dänemark sich hier in einer besonderen Verantwortung sehe und die Zusammenarbeit mit den anderen alliierten Anrainerstaaten intensivieren wolle. Die NATO insgesamt müsse aber die Sicherheit im Hohen Norden stärker in den Fokus nehmen. **Fernando Gutierrez** (Spanien) und **Lord Campbell** (Vereinigtes Königreich) erbaten eine Einschätzung zur Unterstützung der NATO für die Ukraine. **Poulsen** wies darauf hin, dass entscheidend sei, dass sich die NATO langfristig engagiere. Dies koste zwar Geld, liege aber im ureigenen Interesse des Bündnisses, was man auch in die Bevölkerung vermitteln müsse. Der dänische Ukraine-Fonds sehe sowohl Mittel für militärische Zwecke als auch für Industrieinvestitionen vor. Der Wiederaufbau müsse seiner Meinung nach in enger Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten und der EU erfolgen, wobei Europa eine sehr aktive Rolle einnehmen solle.

4.2 Vortrag von Dr. Gustav Gressel, Senior Policy Fellow, European Council on Foreign Relations, zum Thema „Der Verlauf des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine“

Dr. Gustav Gressels Blick auf den Kriegsverlauf in der Ukraine war nüchtern: Russland habe sein maximales Kriegsziel noch nicht aufgegeben, vielmehr lediglich seine Strategie geändert, wie dieses erreicht werden solle. Es setze auf Abnutzung auf dem Gefechtsfeld und Anschläge auf kritische Infrastrukturen im Rest des Landes. Ein langer Krieg habe jedoch das Potenzial, die Verteidigungsanker der Ukraine, namentlich ausländische Militär- und finanzielle Hilfe, zu untergraben. Westliche Militärhilfe hänge nicht allein vom politischen Willen ab, sondern auch von der tatsächlichen Möglichkeit, ausreichend Rüstungsgüter zu produzieren, um die strategisch bedingte Nachfrage zu decken. Eine Aufstockung der Produktion könne erst mittelfristig alle Bedarfe decken. Dies bedeute in zweifacher Hinsicht eine Herausforderung: zum einen für die Verteidigungsbemühungen der Ukraine, zum anderen für die Untermauerung der generellen Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie der NATO. Die Ukraine beziehe derzeit 85 Prozent ihrer Waffen und Munition über ausländische Unterstützung. Diese materielle Unterstützung müsse erhöht werden. Ebenfalls erforderlich sei aber, neben der Ausbildung von Soldaten auch mehr ukrainische Offiziere auszubilden, um eine einheitliche und geschlossene Verteidigung zu ermöglichen. Schließlich dürften die Alliierten die strategischen Auswirkungen der steigenden Unterstützung Russlands durch China und Nordkorea nicht aus dem Blick verlieren. Die Bedingungen im Kriegsgebiet seien derzeit eher günstig für einen Abnutzungs- als für einen strategischen Krieg. Der weitreichende Einsatz von Drohnen führe zu einer engmaschigen Aufklärung des Kampfgebietes, die Möglichkeiten, Überraschungsmomente zu nutzen, seien damit nahezu vollständig verloren gegangen. Die Ukraine halte dennoch weiter an ihrer Strategie fest, den kürzesten Durchbruch zum Asowschen Meer zu suchen, um Russland die Land- und Seeverbindungen zur Krim abzuschneiden. Die Krim sei das Kronjuwel in diesem Krieg; nur der Verlust der Krim, so Dr. Gressel, könne Russland an den Verhandlungstisch bringen. Auf Nachfrage von **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) führte **Dr. Gressel** aus, dass der Rückzug der russischen Schwarzmeerflotte ein taktischer, aber kein strategischer Sieg sei, da die Flotte noch existiere. Russland habe zudem aus seinen früheren Fehlern gelernt, weshalb auch die ukrainische Gegenoffensive so schnell zum Stehen gebracht worden sei. Insbesondere der Einsatz von billigen Drohnen habe

sich als sehr effizient erwiesen. **Fernando Gutierrez** (Spanien) erkundigte sich nach dem Einfluss der ukrainischen Luftwaffe auf das Kriegsgeschehen. Nach Einschätzung von **Dr. Gressel** werde es lange dauern bis die Ukraine die erforderlichen Fähigkeiten habe, um auch in den besetzten Gebieten die Lufthoheit über die russischen Streitkräfte zu erlangen. **Raimond Kaljulaid** (Estland) Frage nach einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben beantwortete **Dr. Gressel** mit dem Hinweis darauf, dass es seiner Meinung nach weniger auf prozentuale Anteile am Bruttoinlandsprodukt ankäme als vielmehr darauf, das Geld effizient und konzentriert zu nutzen. Die Frage von **Utku Cakirozer** (Türkei), ob Russland weiterhin Getreideexporte bedrohen könnte, beantwortet **Dr. Gressel** mit dem Hinweis darauf, dass dies von der Antwort der Alliierten auf die russischen Provokationen abhängen.

4.3 Vortrag von Douglas Barrie, Senior Fellow for Military Aerospace, International Institute for Strategic Studies, zum Thema „Russland und die aufkommende Bedrohung der Sicherheit der Alliierten durch Raketen“

Douglas Barrie diskutierte die wachsende Bedrohung des Bündnisses aus der Luft durch den Einsatz russischer Raketen und Drohnen im Krieg gegen die Ukraine. Nach zurückhaltendem Gebrauch zu Beginn des Krieges habe Russland seine Raketenangriffe gegen die kritische Infrastruktur der Ukraine im Laufe des Jahres 2022 erhöht. Barrie beschreibt die unterschiedlichen Raketensysteme, die Russland nutzt, so etwa unbemannte Flugkörper und ballistische Raketen. Russland werde versuchen, seine Industrieproduktion für Langstreckenmarschflugkörper zu erhöhen, da diese als entscheidend beim Ausschalten der ukrainischen Luftverteidigung angesehen werden. Zu Beginn des Krieges habe Russland nur über unzureichende Geheimdienstinformationen und Geo-Daten verfügt. Mit dem verstärkten Einsatz von Drohnen habe man diese Lücken jedoch schließen können, was zu einer Veränderung der Dynamik auf dem Gefechtsfeld hin zu einem Abnutzungskrieg geführt habe, der langfristig Vorteile für Russland bringen werde. Obwohl Russlands Militär durch die Invasion geschwächt wurde, bleibe es eine Bedrohung für das Bündnis; es sei davon auszugehen, dass es in der kommenden Dekade umgebaut und gestärkt werde. Die Alliierten sollten ihre Fähigkeiten daher sowohl im offensiven als auch im defensiven Bereich erhöhen, insbesondere durch Investitionen in moderne und integrierte Luft- und Raketenabwehrsysteme, bessere nachrichtendienstliche Information, Überwachung und Aufklärung. Besonders die europäischen Partner im Bündnis müssten daran arbeiten, ihre Verteidigungsindustrien auszubauen und zu stärken. Auf die Frage von **Lord Campbell** (Vereinigtes Königreich), ob Russland militärisch mit der NATO konkurrieren könne, erwiderte **Barrie**, dies hänge davon ab, ob Russland seine Investitionen in Forschung und Verteidigung aufrechterhalten könne. **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach Weiterentwicklungen im Bereich von Raketenabwehr- und Luftverteidigungssystemen. **Barrie** wies darauf hin, dass auch veraltete Raketensysteme weiterhin eine Bedrohung darstellten, ebenso wie weniger anspruchsvolle Waffen wie unbemannte Flugkörper. Auf Nachfrage von **Cédric Perrin** (Frankreich) erwiderte **Barrie**, dass für eine Anti-Drohnen-Strategie in erster Linie Flexibilität ausschlaggebend sei, da Drohnen ganz unterschiedlicher Qualität eingesetzt würden, solche, die jedermann ohne weiteres kaufen oder gar selbst bauen könne bis zu hoch entwickeltem militärischem Gerät. Zwei weitere Aspekte, die man im Blick haben müsse, seien zum einen die Frage, wie die Kosten niedrig gehalten werden könnten. Zum anderen dürfe man nicht nur auf die Hardware Drohne setzen, sondern müsse auch Störungen im Datenverkehr in Betracht ziehen. Der Aussage von **Mike Turner** (Vereinigte Staaten), wonach die Unterstützung der Vereinigten Staaten ausschlaggebend für die Europäische Verteidigung sei und bleiben werde, stimmte Barrie zu und ergänzte, dass es daneben wichtig sei, dass die Europäischen Armeen ihre Fähigkeiten erhöhten. **David Fawcett** (Australien) beklagte die mangelnde Interoperabilität der Waffensysteme und erkundigte sich, ob kooperative Rüstungsproduktion eine Lösung auch für gestörte Lieferketten sein könne. Darauf antwortete **Barrie**, dass die gemeinsame Entwicklung und Herstellung von Rüstungsgütern die Resilienz des Bündnisses erhöhen, mehrere Produktionsorte aus Sicht der Industrie jedoch vermutlich als ineffizient angesehen würden.

4.4 Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Der Freiheitskampf der Ukraine und die Reaktion der Verbündeten und der Welt auf Russlands Krieg“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Rick Larsen (Vereinigte Staaten)

Rick Larsen erörterte Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine. Russland habe den nicht provozierten und ungerechtfertigten Angriffskrieg lange im Voraus geplant und großes Leid über die ukrainische Bevölkerung gebracht. Ganze Städte und wichtige Infrastruktur seien zerstört worden. Viele Kriegsverbrechen fänden statt. Kriegsauslösend sei die Hinwendung der Ukraine zum Westen gewesen, wozu die Ukraine sich im Zuge eines in den Neunzigerjahren begonnenen Demokratisierungsprozesses kraft ihres Selbstbestimmungsrechts entschlossen habe. Die Verbündeten müssten der Ukraine die nötige militärische und finanzielle Hilfe bereitstellen und dafür

sorgen, dass die Demokratie in der Ukraine langfristig funktioniere und sie in ihrem Ziel der vollständigen euro-atlantischen Integration unterstützen. Ferner müssten die Verbündeten Sanktionen gegen Russland verschärfen und ihr diplomatisches Gewicht für die Ukraine einsetzen. **Raimond Kaljulaid** (Estland) erkundigte sich nach der Unterstützung für die Ukrainehilfe im US-Kongress. Trotz einiger Abweichler gäbe es, so **Larsen**, eine breite Unterstützung dafür, die Ukraine so lange zu unterstützen, bis sie die volle Souveränität über alle ihre Territorien wiedererlangt und ihre demokratischen Institutionen konsolidiert habe. Auf die Frage von **Tom Vandenkendelaere** (Europäisches Parlament), wie die Unterstützung für die Ukraine auf einem hohen Niveau gehalten werden könne, antwortete **Larsen**, entscheidend sei eine Verstärkung der Verteidigungsindustrie. **Solomiia Bobrovska** (Ukraine, Partner) erkundigte sich nach der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und der Rolle der Alliierten im Schwarzen Meer. **Larsen** wies auf den Bericht des Ausschusses zur Sicherheit in der Schwarzmeerregion hin und sagte, die NATO PV solle im Hinblick auf den Beitritt der Ukraine eine Empfehlung an die NATO abgeben. Er stimmte **Rich McCormick** (Vereinigte Staaten) darin zu, dass beschlagnahmte russische Vermögenswerte für den Wiederaufbau der Ukraine genutzt werden sollen.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

4.5 Beratung des Generalberichtsentwurfs „Sicherstellung einer rüstungsindustriellen Verteidigungsbasis in den Bündnisstaaten für die neue Baseline für die Abschreckung und Verteidigung der NATO“, vorgelegt durch den Generalberichterstatter Utku Cakirozer (Türkei)

Utku Cakirozer stellte die strategischen Herausforderungen der Waffenlieferungen an die Ukraine vor. Die Waffenversorgung der Ukraine offenbare eine wachsende strategische Herausforderung für die Verbündeten. Die Waffenbestände, die für die Unterstützung der Ukraine verbraucht würden, könnten nicht in gleicher Geschwindigkeit ersetzt werden. Diese Situation bedrohe das Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv der NATO, da sie die Verteidigungsbereitschaft verringere und die Fähigkeit der NATO zur Abwehr künftiger Aggressionen in Frage stelle. Die Rüstungsindustrie müsse modernisiert und neu aufgebaut werden. Zudem empfiehlt der Bericht die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf mindestens zwei Prozent des Bruttosozialprodukts, die Überprüfung militärischen Geräts, die Aufstockung der Munitionsbestände im gesamten Bündnisgebiet, die Beschaffung von Munition im Rahmen von Mehrjahresverträgen, den Abbau von Schranken für die Zusammenarbeit der Rüstungsproduktion innerhalb der Allianz sowie den Übergang zu einer europaweiten Beschaffung wichtiger militärischer Güter. **Jeroen van Wijngaarden** (Niederlande) und **Cakirozer** waren sich einig, dass die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungsindustrie auch Nichtmitgliedstaaten der EU umfassen solle. Insbesondere die *European Sky Shield Initiative* solle neben EU-Mitgliedstaaten auch befreundeten Staaten offenstehen, so **Kamil Aydin** (Türkei). Der Berichterstatter **Cakirozer** stimmte dem zu und wies darauf hin, dass der Bericht dies ausdrücklich vorsehe und auch die Schweiz bereits beigetreten sei. **Lord Campbell** (Vereinigtes Königreich) unterstrich die Bedeutung der Interoperabilität im Rahmen der Verteidigungsindustrie, was der Berichterstatter **Cakirozer** ausdrücklich unterstützte. Er ergänzte auf Nachfrage von **Tom Vandenkendelaere** (Europäisches Parlament) dahingehend, dass die Interoperabilität auch mit den indopazifischen Partnern wichtig sei und das Augenmerk in der Zukunft noch stärker darauf gerichtet werden solle.

Der Generalberichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

4.6 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Tiefgreifende Veränderung: Die rapide Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage im Ostseeraum nach der russischen Invasion der Ukraine“, vorgelegt von dem Berichterstatter Jeroen van Wijngaarden (Niederlande)

Jeroen van Wijngaarden erläuterte, der NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens wirke sich fundamental auf die Sicherheitsordnung im Ostseeraum aus. Russland messe seinen militärischen Anlagen entlang seiner westlichen Grenzen hohen strategischen Wert bei. Der Ostseeraum bedürfe angesichts verschärfter russischer Drohungen besonderer strategischer Aufmerksamkeit. Die NATO-Ostflanke werde durch den Beitritt Finnlands und Schwedens gestärkt. Mit Finnlands Beitritt müssten die Mitgliedstaaten sofort aktiv werden, um das Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv entlang der 1.340 Kilometer langen, zusätzlichen Grenze mit Russland zu stärken; dazu gehörten Bau und Ausrüstung von Stützpunkten und Logistikzentren, regionale Verteidigungspläne und militärische Übungen. Die Mitgliedstaaten müssten zudem ihre Präsenz in der Ostsee ausbauen. Die baltischen Staaten müssten ermutigt werden, die territoriale Verteidigungsfähigkeit durch eine Modernisierung ihrer

Streitkräfte zu erhöhen. Insbesondere bei übergeordneten Systemen und Verbrauchsgütern müssten die Bündnisstaaten auf eine bessere Interoperabilität drängen. **Tomi Immonen** (Finnland) forderte zur umfassenden Unterstützung Schwedens im Beitrittsprozess auf. **Arvydas Pocius** (Litauen) fragte nach der Rolle von Russlands Ostseeflotte, woraufhin **Wijngaarden** die Notwendigkeit unterstrich, Leistungsfähigkeit und Bereitschaft im Ostseeraum zu erhöhen.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

4.7 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Stürmische See – Wie Russlands Krieg in der Ukraine die Sicherheit im Schwarzen Meer verändert“, vorgelegt von dem Berichtserstatter Lord Mark Lancaster (Vereinigtes Königreich)

Alec Shelbrooke (Vereinigtes Königreich) stellte den Berichtsentwurf für den abwesenden Berichtserstatter vor und erklärte, Russland habe in der Folge der Krim-Annexion 2014 und seiner militärischen Konsolidierung auf der Krim eine Dominanz im Schwarzen Meer erlangt. Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 habe es neue Initiativen gegeben, das regionale Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv zu stärken, insbesondere die Aufstellung multinationaler Bataillone zwischen Bulgarien und Rumänien. Auf dem Gipfeltreffen in Vilnius hätten die NATO-Staaten ihr Bekenntnis zum Erhalt der Freiheit des Schiffsverkehrs betont. Im Gipfelkommunique sei erstmals die strategische Bedeutung der Schwarzmeerregion anerkannt worden. Die NATO müsse sich wegen dieser Bedeutung für die europäische Sicherheit in der Region stärker engagieren, um Bündnisstaaten und Partnerländer in der Region zu unterstützen. Die NATO und ihre Bündnisstaaten müssten eine umfassende Strategie für den Schwarzmeerraum entwickeln und nationale Schwarzmeerstrategien unterstützen, die militärische Mobilität in und zwischen den Bündnisstaaten am Schwarzen Meer verbessern sowie ihre Marinepräsenz verstärken. Er schlug vor, eine NATO-Marineflotte zu entwickeln. Die robuste Unterstützung der ukrainischen Bemühungen zur Selbstverteidigung müssten fortgesetzt, die Küstenverteidigung der Ukraine ausgebaut, Druck auf Russland ausgeübt, um zur Schwarzmeer-Getreide-Initiative zurückzukehren, und im Einklang mit den Beschlüssen des Gipfels von Vilnius eng mit den anderen, gefährdeten Partnern in der Region zusammengearbeitet werden.

Der Berichtsentwurf wurde mit Änderungen einstimmig angenommen.

4.8 Vortrag von Kristian Søbø Kristensen, Head of Centre and Senior Researcher, Department of Political Science, Universität von Kopenhagen, zum Thema „Arktische Sicherheit und die Rolle Dänemarks“

Kristian Søbø Kristensen stellte fest, dass Russlands Invasion in der Ukraine die Geopolitik der arktischen Region fundamental verändert habe. Zur multilateralen Zusammenarbeit sei nunmehr ein maßgebliches Element des strategischen Wettbewerbs hinzugetreten, wie es das seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben habe. Die Arktis müsse man sich in drei Teilregionen vorstellen, so Kristensen: Zum einen Nordfinnland und Nordschweden, wo Luft- und Landoperationen entscheidend seien, zweitens der nördliche Atlantische Ozean, wo es auf maritime und anti-U-Boot-Systeme ankomme, und schließlich die nordamerikanische Arktis, wo die Luftverteidigung ausschlaggebend sei. Das Königreich Dänemark, zu dem auch die Färöer-Inseln und Grönland zählten, sei in allen drei Sub-Regionen präsent, so dass sich für Dänemark die Frage stelle, wie das Land seine Präsenz in den Regionen bei gleichzeitiger Ausbalancierung der geografischen Prioritäten stärken könne. Im Hinblick auf die vitalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen Moskaus sei davon auszugehen, dass Russland in den kommenden Jahren dominanter in der Region auftreten werde. Zudem trügen das wachsende Interesse und die wachsende Präsenz Chinas in der Region zur strategischen Komplexität in diesem Gebiet bei. Abzuwarten bleibe, ob und inwieweit Peking und Moskau dort zu einem *modus operandi* fänden. **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) erkundigt sich danach, wie sich die russischen U-Boot-Aktivitäten in der Region entwickeln würden. **Kristensen** erwiderte, dass nukleare U-Boote für Russland an Bedeutung gewinnen würden, da seine konventionellen Streitkräfte in der Ukraine geschwächt würden. **Rick Larsen** (Vereinigte Staaten) bemerkte, dass Alaska und die Aleuten als vierte Sub-Region zu betrachten seien, was von **Kristensen** bejaht wurde. Er stimmte auch **Wendy Morton** (Vereinigtes Königreich) dahingehend zu, dass das Bündnis sich stärker auf die arktische Region konzentrieren müsse. Auf die Frage von **Andrea Orsini** (Italien) und **Kerstin Lundgren** (Schweden, Partner) nach der wachsenden Rolle Chinas in der Arktis antwortete **Kristensen**, dass China wohl ökonomische aber keine wesentlichen militärischen Interessen in der Region habe. **Orsini** erkundigte sich auch nach den Auswirkungen einer möglichen Unabhängigkeit Grönlands, die **Kristensen** als Risiko für Instabilität betrachte. **Pierre-Hugues Boisvenu** (Kanada) fragte nach gefährdeten Infrastrukturen in der Region und **Kristensen** riet zu mehr Überwachung und Zusammenarbeit, um die Infrastruktur der Arktis zu sichern.

4.9 Vortrag von Dr. Marina Vulović, Gastwissenschaftlerin, Stiftung Wissenschaft und Politik, zum Thema „Politische und sicherheitsrelevante Herausforderungen im Belgrad-Pristina-Dialog“

Marina Vulović diskutierte die aktuellen Entwicklungen im Kosovo und ging dabei auch auf die boykottierten Kommunalwahlen in den vier serbisch-dominierten Gemeinden im April 2023, den Angriff auf KFOR-Soldaten im Mai 2023 (30 verwundete NATO-Soldaten) und den aktuellen paramilitärischen Angriff auf die Kosovo-Polizei in Banjska ein, bei dem ein Polizist und drei Angreifer starben. Zahlreiche politische Herausforderungen würden die Stabilität im Kosovo behindern: Der verzögerte Belgrad-Pristina-Dialog, die Blockierung einer internationalen Anerkennung des Kosovo durch Serbien, das Verbot im Kosovo eine Vereinigung der serbisch-dominierten Gemeinden (ACSM) zu gründen sowie das Fehlen von politischem Willen, Glaubwürdigkeit und/ oder den entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Hebeln der internationalen Partner, um die Anwendung der Abkommen sicherzustellen. Daneben gebe es zahlreiche sicherheitstechnische Herausforderungen: Das grundsätzliche Sicherheitsvakuum im Nord-Kosovo (und die dort tief verankerte organisierte Kriminalität), die Möglichkeit, dass Belgrad dort die Kontrolle über alternative Sicherheitsstrukturen verloren habe und enge Verbindungen zwischen Milan Radoičić und der politischen Führung in Belgrad. Der Weg nach vorn führe, so Vulović, über die Vereinbarungen von Brüssel (2013) und Ohrid (2023). Zudem sollten die Alliierten kurzfristig die KFOR-Präsenz in Nord-Kosovo steigern und die Wiederbeteiligung der Serben an den lokalen Polizeieinheiten und die Bildung des ACSM unterstützen. Langfristig müsse nach Wegen und Mitteln gesucht werden, die serbische Obstruktion im Hinblick auf das Kosovo zu stoppen und insbesondere eine Befriedung der vier nördlichen Gemeinden zu erreichen. Ferner müsse Pristina sich politisch auf die Gemeinden der Kosovo-Serben zubewegen und echte Anreize für deren Integration schaffen. **Mike Turner** (Vereinigte Staaten) erkundigte sich, was die EU und die Vereinigten Staaten tun könnten, um die Situation dort zu normalisieren. **Vulović** empfahl, Kosovo und Serbien mit einem klaren Fahrplan und Zeithorizont zu versorgen. Auf die Frage von **Jeroen Wijngaarden** (Niederlande), wie das Zugehen von Pristina auf die Kosovo-Serben aussehen könne, erklärt **Vulović**, Pristina habe noch nicht genug getan, um den serbischen Gemeinden die Hand zu reichen. **Utku Cakirozer** (Türkei) fragte nach der Rolle Russlands im Westbalkan und **Vulović** sagte, es sei möglich, dass Russland die Gewalt im Nord-Kosovo befeuert habe, allerdings gäbe es dafür keine Beweise. Auf die Frage von **Wendy Morton** (Vereinigtes Königreich) nach dem Beitrag der KFOR-Truppen zu regionaler Stabilität erklärte **Vulović**, die Stärkung der KFOR sei ein klares Signal an die autoritären Akteure, die versuchten, die Region zu destabilisieren. **Arta Bilallizendeli** (Nordmazedonien) erkundigte sich danach, ob eine stärkere Reaktion der NATO den Dialog voranbringen würde. **Vulović** verneinte dies, wies aber darauf hin, dass es wichtig sei, dass die Alliierten einheitlich und konsequent, das heißt mit einer klaren politischen Linie, gegenüber Serbien und Kosovo aufträten. **Ugljesa Mrdic** und **Natasa Jovanovic** (beide Serbien) gaben ihrem Wunsch nach Frieden auf dem Balkan Ausdruck und bekundeten ihre Unterstützung für Projekte wie *Open Balkans*. **Driton Hyseni** (Kosovo, Beobachter) zeigte sich über die Gewalt im Nordkosovo besorgt und erklärte seine Unterstützung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina.

4.10 Beratung und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Umsetzung der neuen Grundanforderung der NATO für Abschreckung und Verteidigung“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Utku Cakirozer (Türkei)

Utku Cakirozer (Türkei) stellte den Entschließungsentwurf vor und erläuterte, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine das Konzept der euro-atlantischen Sicherheit nach dem Kalten Krieg erschüttert habe. Er verkenne nicht, dass das Bündnis bereits darauf reagiert habe, indem es ein neues strategisches Konzept verabschiedet und neue regionale Verteidigungspläne eingeführt habe. Es müsse jedoch noch stärker in militärische Leistungsfähigkeit investieren, die neuen NATO-Regionalpläne auch tatsächlich umsetzen und die Zusammenarbeit untereinander, mit der EU und anderen Partnern, intensivieren.

Der Entschließungsentwurf wurde mit Änderungen angenommen

4.11 **Beratung und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Erhöhung der Stabilität und Sicherheit im Schwarzmeerraum nach der großangelegten Invasion Russlands in der Ukraine“, vorgelegt vom Berichterstatter Lord Mark Lancaster (Vereinigtes Königreich)**

Alec Shelbrooke (Vereinigtes Königreich) stellt den Entschließungsentwurf für den abwesenden Berichterstatter vor. Er beschrieb die rasante Entstehung von Sicherheitsproblemen für das Bündnis in der Schwarzmeerregion insbesondere nach Russlands Rückzug von der Schwarzmeer-Getreide-Initiative und dem Raketen- und Drohneinsatz gegen ukrainische Häfen und Exportinfrastruktur. Das Bündnis sollte eine Schwarzmeer-Strategie und einen Aktionsplan entwickeln, seine militärische Leistungsfähigkeit in der Region erhöhen, die Ukraine weiterhin unterstützen und seine Position im Osten insgesamt stärken. Von 17 vorgelegten Änderungsanträgen wurden 15 angenommen.

Der Entschließungsentwurf wurde mit Änderungen angenommen.

5 **Ausschuss für Demokratie und Sicherheit**

Der Ausschuss für Demokratie und Sicherheit tagte am Samstag, 7. Oktober, und Sonntag, 8. Oktober 2023, unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden **Ante Bacic** (Kroatien). Schwerpunkte der Beratungen waren die Sicherheit der Nahrungsversorgung, die Auswirkungen der Klimakrise auf die Sicherheit sowie die Bedeutung der Minenräumung in der humanitären Hilfe und der Entwicklungshilfe. Weitere Beratungen fanden zu den Themen „Bekämpfung der Straflosigkeit für Völkerrechtsverletzungen durch die russische Invasion in der Ukraine“ und „Schutz der Demokratien der Verbündeten und Partner vor den Desinformationskampagnen des Kremls“ statt.

5.1 **Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Sicherheit der Nahrungsversorgung und Konflikte: Widerstandsfähigkeit in der globalen Krise“, vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Julie Dzerowicz (Kanada)**

Sonderberichterstatterin **Julie Dzerowicz** (Kanada) betonte, die Welt sei mit einer beispiellosen Nahrungsmittelkrise konfrontiert und Konflikte seien die Hauptursachen für die weltweite Ernährungsunsicherheit. Die völkerrechtswidrigen Angriffe Russlands auf wichtige Lebensmittelinfrastrukturen und die Angriffe auf ukrainische Lebensmittelexporte hätten den weltweiten Hunger verschärft. Sie rief die Bündnispartner dazu auf, die Widerstandsfähigkeit ihrer Nahrungsmittelsysteme und Versorgungsketten zu stärken. **Merle Spellerberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigte sich nach den Auswirkungen der zunehmenden Wasserknappheit und des Klimawandels auf die Nahrungssicherheit. Zunehmende Wasserknappheit und Nahrungssicherheit seien eng miteinander verbunden und stellten sowohl ein gegenwärtiges als auch ein zukünftiges Problem dar. Unter Hinweis auf das Strategische Konzept der NATO 2022 sagte **Dzerowicz**, dass die Bewältigung dieser miteinander verknüpften Herausforderungen für die Widerstandsfähigkeit des Bündnisses entscheidend sei.

Der Berichtsentswurf wurde ohne Änderungen angenommen.

5.2 **Vortrag von Dan Jørgensen, Minister für Entwicklungszusammenarbeit und Minister für globale Klimapolitik (Dänemark), zur „Sicherheit der Menschen im Angesicht der Klimakrise“**

Minister **Jørgensen** hob hervor, die Folgen des Klimawandels verschärften bestehende Probleme und seien eine wichtige Triebkraft für Konflikte. Alle Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, seien betroffen. Die NATO müsse eine Rolle bei der Bewältigung dieser Bedrohung für die internationale Sicherheit spielen. Er plädierte für einen ganzheitlicheren Ansatz und rief dazu auf, die Anstrengungen zur Dekarbonisierung zu verstärken. Der Übergang in eine grüne Wirtschaft müsse erleichtert und die Voraussetzungen für die Widerstandsfähigkeit und Anpassung in besonders betroffenen Ländern erreicht werden. Er empfahl, Anreize für mehr Investitionen in Schlüsselsektoren zu schaffen und, wie von den Vereinten Nationen empfohlen, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Auf die Frage von **Merle Spellerberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nach der Vorgehensweise gegen Desinformation im Zusammenhang mit dem Klimawandel betonte **Jørgensen**, die Regierungen sollten an den demokratischen Werten festhalten und die Selbstbestimmung der Bürger unterstützen. Auf Fragen zum grünen Übergang der Wirtschaft in den Entwicklungsländern betonte er, gemeinsame Standards müssten festgelegt und den Entwicklungsländern geholfen werden, diese zu erfüllen, um neue Arbeitsplätze und Möglichkeiten zu schaffen. Auf die Fragen von **Nadège Abomangoli** (Frankreich) und **Merle Spellerberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Klimaflüchtlingen bekräftigte **Jørgensen**, prioritär sollten Bedingungen geschaffen werden, unter denen die Menschen ihr Land gar nicht erst verlassen müssten. Dies könne

durch die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit und Anpassung auf verschiedenen Ebenen sowie durch die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse gefährdeter Gruppen erreicht werden. Zu diesem Zweck empfahl er, die Entwicklungshilfe aufzustocken, die Krisenreaktionsmechanismen zu verbessern und innovative Wege zur Finanzierung solcher Bemühungen zu finden. Zudem sollten die Regierungen Anreize für private Unternehmen schaffen, damit diese in den grünen Wandel in den Entwicklungsländern investierten.

5.3 Vortrag von Charlotte Slente, Generalsekretärin des dänischen Flüchtlingsrats, über die Minenräumung und deren Bedeutung in der humanitären Hilfe und der Entwicklungshilfe

Charlotte Slente erläuterte, weltweit stelle die Kontamination durch Minen ein Problem dar, das täglich Menschenleben fordere, Existenzen zerstöre und die wirtschaftliche Erholung untergrabe. Der Einsatz von Minen verstoße gegen das humanitäre Völkerrecht und verursache langfristige Risiken zum Schaden der Zivilbevölkerung. Sie gab einen Überblick über das Mandat und die Aktivitäten des dänischen Flüchtlingsrats und betonte die Komplexität und die hohen Kosten der Minenräumung. Da die internationalen Normen für den Einsatz von Sprengkörpern immer weniger eingehalten würden, sei der Bedarf an deren Beseitigung gestiegen. Sie forderte dazu auf, sich stärker gegen den Einsatz von Antipersonenminen und Streumunition auszusprechen und zusätzliche Unterstützung für Minenräumung, Risikoaufklärung und Opferhilfe zu leisten. Auf die Frage von **Andrés Ingi Jónsson** (Island), wie den Opfern geholfen werden könne, betonte **Slente** die Notwendigkeit finanzieller Unterstützung und den Aufbau von Kapazitäten zur Rehabilitation durch die Industriestaaten. **Rodrigue Demeuse** (Belgien) forderte die Verurteilung des Einsatzes von Sprengkörpern in ukrainischen städtischen Gebieten durch alle Kriegsparteien und wies auf deren negative Folgen auf die Ernährungssicherheit hin. **Slente** unterstrich, besonders Vertriebene seien einem höheren Risiko ausgesetzt, durch Landminen verletzt zu werden. Auf die Frage von **Julie Dzerowicz** (Kanada) nach dem Einsatz von Technologie zur Unterstützung der Minenräumung, betonte **Slente**, menschliches Eingreifen könne nicht ersetzt werden. Auf die Frage von **Merle Spellerberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nach den geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Einsatzes von Minen erwiderte **Slente**, dass in der Tat Frauen, vor allem aber Kinder, unverhältnismäßig stark betroffen seien.

5.4 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Widerstandsfähigkeit und zivile Sicherheit“ zum Thema „Die Bekämpfung der Straflosigkeit für Völkerrechtsverletzungen durch Russlands erneute Invasion in der Ukraine“, vorgelegt von Berichterstatteur Rodrigue Demeuse (Belgien)

Rodrigue Demeuse (Belgien) erklärte, seit dem 24. Februar 2022 verstoße Russland in der Ukraine systematisch gegen das Völkerrecht. Einige Verstöße stellten Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und möglicherweise Völkermord dar. Der Kampf gegen die Straflosigkeit müsse fortgesetzt werden, um sicherzustellen, dass die Täter auf allen Ebenen für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen würden. Die Alliierten sollten weiterhin den Abzug der russischen Truppen fordern sowie ihre politische und militärische Unterstützung für die Ukraine aufrechterhalten und verstärken. Mehr Mittel sollten für die Sammlung von Beweisen und die Verfolgung von Verstößen zuständigen Einrichtungen der Justiz bereitgestellt werden. Um die russischen und belarussischen Führer strafrechtlich verfolgen zu können, sollte ein internationales Tribunal für das Verbrechen der Aggression eingerichtet werden. **Andrés Ingi Jónsson** (Island) merkte an, Russlands Angriffe auf die Umwelt in der Ukraine und die Drohung, Atomtests wiederaufzunehmen, trügen zur Aushöhlung der internationalen Normen bei. **Demeuse** bedauerte, dass nicht jeder Staat Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) sei. Die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals könne dazu beitragen, die Lücke in der Rechenschaftspflicht zu schließen, ohne die Arbeit des IStGH zu untergraben. **Joe Wilson** (USA) erklärte, ein Sondertribunal sei erforderlich, um Wladimir Putin wegen des Verbrechens der Aggression zu verurteilen, jedoch müssten zunächst die rechtlichen Schwierigkeiten überwunden werden. **Urmas Reinsalu** (Estland) legte dar, dass die Einrichtung eines internationalen Tribunals in erster Linie eine Frage des politischen Willens sei und es gute Gründe für die Annahme gebe, dass Russland bei seinem Krieg in der Ukraine einen Völkermord begehe. **Demeuse** stellte fest, Russland versuche, die ukrainische Kultur und Identität auszulöschen. Auf die Frage von **Nicolas Dragon** (Frankreich), ob ein Verfahren in Abwesenheit in Betracht gezogen werden könne, antwortete **Demeuse**, dass ein solches Verfahren nach dem Statut von Rom oder anderen internationalen Gerichtshöfen nicht zulässig sei. Es gäbe jedoch keine gesetzlichen Beschränkungen für Verbrechen, die in die Zuständigkeit dieser Gerichtshöfe fielen.

Der Berichtsentwurf wurde angenommen.

5.5 Beratung des Generalberichtsentwurfs „Der russische Krieg gegen die Wahrheit: Die Demokratien der Verbündeten und Partner vor den Desinformationskampagnen des Kremls schützen“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Für die aus der Versammlung ausgeschiedene Berichterstatterin stellte **Rodrigue Demeuse** (Belgien) den Berichtsentwurf vor und erklärte, Russland führe einen Krieg sowohl auf dem Schlachtfeld als auch in den Medien. Russische und mit Russland verbundene Akteure hätten ihre Angriffe im Zusammenhang mit der erneuten Invasion in der Ukraine verstärkt. Die Ukraine und ihre Verbündeten hätten zwar schnell und effektiv reagiert, müssten jedoch mehr zum Schutz ihrer Gesellschaften vor Desinformation tun. Russische Desinformationskampagnen stellten eine große Bedrohung für die Demokratie und Sicherheit der Alliierten dar und zielten darauf ab, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen, bereits bestehende Bruchlinien zu verschärfen und das Vertrauen in demokratische Institutionen zu unterwandern. Die Verbündeten sollten sich weiterhin darum bemühen, ihre nationale und kollektive Widerstandsfähigkeit gegen diese Bedrohung zu stärken.

Der Berichtsentwurf wurde angenommen.

5.6 Vortrag von Dr. Flemming Splidsboel Hansen, Senior Researcher am Dänischen Institut für Internationale Studien, zum Thema „Desinformation und neue Technologien“

Dr. Hansen erläuterte, wie Russland den Cyberraum zur Verbreitung von Desinformationen nutze und weltweit Meinungen beeinflusse. Autoritäre Akteure bemühten sich, neue Technologien zu erwerben. Das Bündnis müsse seinen technologischen Vorsprung bewahren, um sich gegen die Bedrohung durch immer verfeinerte Desinformationsinstrumente und -software verteidigen zu können. In der Diskussion wurde das Spannungsverhältnis zwischen der Bekämpfung von Desinformation und der Wahrung der Menschenrechte aufgegriffen und auf die Anonymität hingewiesen, die der Desinformation in den sozialen Medien am meisten Vorschub leiste. **Rodrigue Demeuse** (Belgien) betonte die Notwendigkeit, die nationalen Gesetze zu verschärfen und von den Unternehmen der sozialen Medien mehr Transparenz zu verlangen, während gleichzeitig das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt werden müsse. Eine bessere Medienkompetenz sei erforderlich, um zu verhindern, dass Menschen unbeabsichtigt Desinformationen verbreiteten. Dabei könnte ein Zentrum für demokratische Resilienz innerhalb der NATO eine Rolle spielen. **Merle Spellerberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärte, einige gesellschaftliche Gruppen seien anfälliger für Desinformation als andere.

5.7 Beratung und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Schutz der Demokratien der Verbündeten und Partner vor Desinformation“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Rodrigue Demeuse (Belgien) stellte den Entschließungsentwurf für die ausgeschiedene Generalberichterstatterin vor und gab einen Überblick über die wichtigsten Empfehlungen. Die Resolution fordere die Bündnispartner dazu auf, ihre Kapazitäten zur Aufdeckung und Reaktionsfähigkeit von Desinformationskampagnen zu verbessern. Die Partner sollten ihre Zusammenarbeit untereinander und mit den einschlägigen internationalen Organisationen, insbesondere der Europäischen Union, vertiefen, ein Zentrum für demokratische Resilienz innerhalb der NATO einrichten und die Unternehmen der sozialen Medien auffordern, ihre Plattformen besser zu regulieren. Von neun Änderungsanträge wurden acht mit Änderungen angenommen.

Der Entschließungsentwurf wurde in geänderter Fassung angenommen.

6 Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Sonntag, dem 8. Oktober 2023, unter dem Vorsitz von **Philippe Folliot** (Frankreich). Schwerpunkte der Beratungen waren die Auswirkungen des Russischen Krieges in der Ukraine auf die globale Sicherheit und Energieversorgung, wirtschaftliche Auswirkungen von Sanktionen und der Weg zum Wiederaufbau der Ukraine.

6.1 Vortrag von Janis Kluge, stellvertretender Leiter Forschungsgruppe „Osteuropa und Eurasien“, Stiftung Wissenschaft und Politik, zum Thema „Der Zustand der russischen Kriegswirtschaft und die Auswirkungen der Sanktionen“

Janis Kluge sagte eingangs, der tatsächliche Zustand der russischen Wirtschaft sei aufgrund von wirtschaftlichen Turbulenzen, der Beschränkungen für Wirtschaftsdaten und der Unzuverlässigkeit von Statistiken schwer festzustellen. Nachdem die russische Wirtschaft während der Pandemie einen erheblichen Einbruch erlitten habe, sei für 2023 ein BIP-Wachstum von zwei Prozent zu verzeichnen, was die sanktionsbedingten Verluste des letzten Jahres ausgleichen könnte. Die Auswirkungen der Sanktionen seien nicht immer überprüfbar, hätten aber der russischen Wirtschaft erheblichen Schaden zugefügt. Diese Verluste würden jedoch durch das Wachstum in anderen Sektoren kompensiert. So boome beispielsweise die russische Rüstungsindustrie und habe sich zu einem Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen entwickelt. Die Einnahmen des Staates stiegen wieder, da die Auswirkungen der Ölpreisobergrenze rückläufig seien. Kluge merkte jedoch an, dass das steigende Handelsdefizit den Rubel schwäche und die Inflation anheize. Abschließend erklärte er, dem Kreml sei es bisher gelungen, seine Kritiker zum Schweigen zu bringen. Der Druck aus der russischen Gesellschaft könnte zunehmen, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen verschlechterten. In der Diskussion fragte **Mikko Savola** (Finnland) nach dem Einfluss Chinas auf Russland. **Kluge** antwortete, China würde Russland mit Technologien und Gütern auch aus dem Westen versorgen. China sei hauptsächlich daran gelegen, seine Exportmärkte zu stärken. Auf die Frage von **Rick McCormick** (Vereinigte Staaten) nach der Ernährungssicherheit und dem Mangel an Arbeitskräften antwortete **Kluge**, die Ernährungssicherheit sei in Russland kein Problem. Arbeitsmigranten aus den postsowjetischen Staaten würden den Arbeitskräftemangel in gering qualifizierten Berufen ausgleichen. **Cristian Bordei** (Rumänien) thematisierte die Entwicklung der russischen Gasproduktion, die zwar zurückgegangen sei, aber über einen längeren Zeitraum. **Kluge** empfahl, vor künftigen Sanktionen gezielter die Auswirkungen zu prüfen, die Maßnahmen auf die russische Wirtschaft haben sollten. **Nicole Duranton** (Frankreich) fragte, welche Sanktionen am wirkungsvollsten gewesen seien. **Kluge** wies auf die unmittelbaren, aber auch die längerfristigen Auswirkungen hin: Finanzsanktionen verursachten Störungen und hätten unmittelbare Auswirkungen, könnten aber meist schnell überwunden werden. Exportkontrollen würden sich stärker auf die Verlangsamung von Produktion und Wachstum auswirken. **Paolo Marcheschi** (Italien) thematisierte Russlands Fähigkeit, Sanktionen zu umgehen. **Kluge** wies abschließend darauf hin, eine Schlüsselrolle hätten private Unternehmen bei der Umsetzung von Sanktionen, aber auch die internationale Zusammenarbeit sei von entscheidender Bedeutung.

6.2 Beratung des Generalberichtsentwurfs „Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Herausforderungen für die transatlantische Energiesicherheit“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Harriett Baldwin (Vereinigtes Königreich)

Harriett Baldwin (Vereinigtes Königreich) beschrieb die sicherheits-, wirtschafts- und energiepolitischen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine. Die NATO-Verbündeten hätten Russland mit beispiellosen Sanktionen isoliert. Allerdings würden mehrere NATO-Mitgliedstaaten weiterhin russisches Flüssiggas importieren. Die Berichterstatterin sagte, die Abkehr von russischer Energie sei eine besondere Herausforderung für nahezu alle Staaten in Europa gewesen. Man sei derzeit mit hohen Gaspreisen und einer erhöhten Anfälligkeit für Unterbrechungen bei der Energieversorgung konfrontiert. Veränderte Nachfragen hätten spürbare Auswirkungen auf die Energiemärkte, die hohen Preise wirkten sich unmittelbar auf die Realwirtschaften aus. Abschließend warb sie für die Aufrechterhaltung der Solidarität bei der Energieversorgung. **Neal Patrick Dunn** (Vereinigte Staaten) fragte nach der Energiesicherheit und dem Übergang zu erneuerbaren Energiequellen. **Baldwin** sagte, die Energiesicherheit liege letztlich in der Verantwortung der einzelnen Staaten. Die Regierungen der Verbündeten würden hier unterschiedliche Ansätze verfolgen. **Derk Boswijk** (Niederlande) merkte an, die Windenergie reiche nicht aus, um das russische Gas zu ersetzen, weshalb die Kernenergie Teil des Energiemix sein müsse. **Baldwin** stimmte zu und betonte die Notwendigkeit, die Konnektivität zu erhöhen. **Cristian Bordei** (Rumänien) wies auf die Abhängigkeit von China bei besonderen Mineralien hin, die auch für die Erzeugung erneuerbarer Energie benötigt würden. Harriett Baldwin erklärte, das Dilemma bei kritischen Rohstoffen sollte die Länder nicht davon abhalten, die Entwicklung erneuerbarer Energien voranzutreiben. Auf die Frage von **Alberto Losacco** (Italien) nach Initiativen mit dem Ziel einer engeren transatlantischen Zusammenarbeit antwortete **Baldwin**, eine verstärkte transatlantische Handelskooperation sei für die Verbesserung der Sicherheit von wesentlicher Bedeutung. Sie forderte die Mitglieder auf, die Regierungen zu ermutigen, diese spezielle Agenda voranzutreiben.

Der Generalberichtsentwurf wurde mit einer von der Berichterstatterin vorgeschlagenen Änderung angenommen.

6.3 Vortrag von Maksym Suprun, Kommandeur der 66. mechanisierten Brigade (2022–2023) der Streitkräfte der Ukraine, zum Thema „Der russische Krieg gegen die Ukraine: Einblick von der vordersten Front“

Maksym Suprun stellte eingangs fest, die Zerstörung des ukrainischen Staates sei das unveränderte Ziel Russlands. Er berichtete von seinen persönlichen Kriegserfahrungen und den Verteidigungsoperationen, die seine Brigade unter feindlichem Beschuss durchgeführt habe. Die komplizierteste Aufgabe sei es gewesen, die Operationen der verschiedenen Einheiten zu koordinieren und defensive und offensive Operationen zu kombinieren. Suprun sagte, zu den Herausforderungen an der Front gehörten der Mangel an Munition und modernen Panzerabwehrwaffen. Große Probleme bereiteten der ukrainischen Armee der breite Einsatz von unbemannten Überwachungsflugzeugen durch den Feind und seine Überlegenheit bei der elektronischen Kriegsführung. **Yehor Cherniev** (Ukraine, Partner) betonte, die ukrainischen Soldaten würden sich sehr gut an veränderte Bedingungen anpassen und hätten eine hohe Moral. Der Vorsitzende **Philippe Folliot** (Frankreich) berichtete von seinen Erfahrungen bei Besuchen an der ukrainischen Front und Begegnungen mit Soldaten. Die Verbündeten müssten den ukrainischen Streitkräften weiterhin Waffen und Munition liefern. **Cristian Bordei** (Rumänien) fragte nach der Bedeutung des Starlink-Systems für die ukrainischen Streitkräfte, um die Offensive fortzusetzen. **Suprun** betonte, das Starlink-System sei unerlässlich. Auf die Frage von **Anne Genetet** (Frankreich), ob die angebotene Ausrüstung und Ausbildung zur Effizienzsteigerung verbessert werden können, sagte **Yehor Cherniev** (Ukraine, Partner), die Beschaffung von Artilleriegranaten habe oberste Priorität. Er fragte, welche Botschaften die Parlamentarier an ihre Regierungen richten können, um der Ukraine zu helfen. Abschließend antwortete **Suprun** auf die Frage von **Nicole Durant** (Frankreich), dass es vor allem darauf ankomme, die verfügbare Ausrüstung zu erhöhen.

6.4 Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Wiederherstellung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen und Resilienz“, vorgelegt von dem Berichterstatter Faik Oztrak (Türkei)

Faik Oztrak (Türkei) sagte eingangs, sowohl Europa als auch die USA stünden inmitten einer grundlegenden Neubewertung der internationalen Handelsordnung, der Industriepolitik und des technischen Fortschritts im Energiesektor, im digitalen Bereich sowie im Verteidigungssektor. Eine Folge sei das Erstarren protektionistischer Kräfte in den westlichen Gesellschaften und die zunehmende Bedeutung, die der Sicherheit in der globalen Wirtschaftsordnung beigemessen werde. Die Herausforderung bestehe nun darin, ein Gleichgewicht zwischen der Sicherheit und den Vorteilen der Weltwirtschaft zu finden. China werde ein wichtiger globaler Wirtschaftsakteur bleiben. Eine Abkopplung von China sei weitaus kostspieliger als eine Isolierung Russlands. Der Berichterstatter betonte die Wichtigkeit, trotz der Herausforderungen durch China und Russland demokratische und liberale Handelswerte und eine auf Regeln basierende Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Regierungen müssen jedoch ein neues Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freihandelsliberalismus finden. Dies werde auch weiterhin eine Priorität für die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten und die NATO bleiben, wie sie im neuen Strategischen Konzept zum Ausdruck gebracht wird. **Jüri Ratas** (Estland) fragte nach der Cybersicherheit und der Datensicherheit in den transatlantischen Beziehungen. **Oztrak** betonte die Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen freiem und sicherheitsorientiertem Handel zu finden. Er unterstrich die Rolle etablierter Regeln und gemeinsamer Werte in diesem Zusammenhang. Auf die Frage von **Cristian Bordei** (Rumänien) nach einer Möglichkeit, das Transatlantische Freihandelsabkommen wiederzubeleben, betonte **Oztrak** die Bedeutung einer stärkeren transatlantischen Zusammenarbeit und Vertiefung der Handels- und Finanzbeziehungen.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

6.5 Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“ zum Thema „Der Weg zum Wiederaufbau der Ukraine“, vorgelegt von dem Berichterstatter Michal Szczerba (Polen)

Der Berichterstatter und Präsident der Versammlung, **Michal Szczerba** (Polen) erklärte, die Verbündeten würden eine intensive Diskussion über den Wiederaufbau der Ukraine führen müssen. Humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung sei von entscheidender Bedeutung, damit die Ukraine siegreich und ihre besetzten Gebiete zurückerobere. Er wies darauf hin, dass der Wiederaufbau der Ukraine beispiellose Finanzmittel und kollektive sowie koordinierte Anstrengungen der verschiedenen Geber erfordern werde. Szczerba betonte die Bedeutung der Lastenteilung, um die wirtschaftliche, humanitäre und militärische Unterstützung entsprechend den Fähigkeiten, Erfahrungen und Ressourcen der Partner auf diese zu verteilen. Russland müsse für die verursachten Schäden aufkommen und für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Abschließend sagte der Berichterstatter,

die Integration der Ukraine in die euro-atlantischen Institutionen werde sowohl die Widerstandsfähigkeit der Ukraine stärken als auch mehr Sicherheit in ganz Europa schaffen. Auf die Fragen von **Alun Cairns** (Vereinigtes Königreich) und **Donna Dasko** (Kanada) nach den beschlagnahmten russischen Staats- und Privatvermögen erklärte **Szczerba**, die verschiedenen Länder hätten unterschiedliche Rechtsstrukturen für den Umgang damit. Der Aussage von **Yehor Cherniev** (Ukraine, Partner), dass der sofortige Beginn des Wiederaufbaus für die Ukrainer von besonderer Bedeutung sei, stimmte der Berichterstatter zu.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

6.6 Beratung und Abstimmung des Entschließungsentwurfs „Auf dem Weg zum Wiederaufbau der Ukraine“, vorgelegt von dem Berichterstatter Michal Szczerba (Polen)

Michal Szczerba (Polen) erklärte, der Wiederaufbau der Ukraine erfordere eine große kollektive Anstrengung, die mit enormen Kosten verbunden sein werde. Die NATO-Staaten und ihre Partner, internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und der Privatsektor müssten bereit sein, erhebliche Unterstützung zu leisten. Er sagte, die Integration der Ukraine in die euro-atlantischen Institutionen würde die Souveränität des Landes fördern, zur Gewährleistung seiner territorialen Integrität beitragen und eine Grundlage für Frieden und Sicherheit in Europa schaffen. Die vorgelegten Änderungsanträge wurden diskutiert und abgestimmt. Der Antrag der deutschen Delegation, Minderheiten, Frauen und Kinder ebenfalls in den Wiederaufbauprozess einzubeziehen, wurde einstimmig angenommen.

Die Entschließung wurde in der veränderten Form einstimmig beschlossen.

7 Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Samstag, dem 7. Oktober 2023, unter dem Vorsitz von **Agnes Vadai** (Ungarn). Schwerpunkte der Beratung waren die Themen Chancen und Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz, neuartige Werkstoffe und Produktionsverfahren sowie die Quantentechnologie.

7.1 Vortrag von Steen Søndergaard, Leiter des dänischen Forschungszentrums für Verteidigung, dänisches Verteidigungsministerium, zum Thema „Militärtechnologie und Innovation: Eine dänische Perspektive“

Steen Søndergaard betonte, dass Technologie gerade im militärischen Bereich schnell veralte. Dies zeige der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Das dänische Militär habe daher viele Militärgüter so eingekauft, wie diese auf dem Markt verfügbar seien, damit es eine hohe Interoperabilität mit den NATO-Partnern gewährleisten könne. Die Forschungsk Kooperationen innerhalb der Allianz müssten intensiviert, die Privatwirtschaft müsse stärker einbezogen und aus gescheiterten Rüstungsprojekten müssten Lehren gezogen werden. Auf die Fragen von **Agnes Vadai** (Ungarn) und **Jarno Linnell** (Finnland) zu den Herausforderungen, die die Militärfähigkeiten Russlands und Chinas für die Allianz darstellten und welche Lehren aus dem Cyberkrieg zwischen Russland und der Ukraine gezogen werden könnten, antwortete **Søndergaard**, Russland habe immer noch eine sehr gute Radartechnologie, während China in vielen Bereichen bereits Technologieführer sei. Im Cyberkrieg sei es unerlässlich, Talente einzubeziehen, die nicht ausschließlich bei staatlichen oder militärischen Einrichtungen arbeiteten.

7.2 Vortrag von Iben Yde, Leiter des Zentrums für Internationales und Operationelles Recht an der königlichen Verteidigungshochschule Dänemarks, zum Thema „Künstliche Intelligenz (KI) im Militär: Risiken und Chancen von militärischen KI-Systemen und der Regulierungsbedarf“

Iben Yde machte deutlich, dass Verbote im Bereich der Forschung zu Künstlicher Intelligenz kaum erfolgversprechend seien, denn der zivile Sektor werde sich in diesem Bereich kaum beschränken lassen und es werde immer Staaten geben, die diese Verbote nicht befolgen würden. Um den richtigen Ansatz für die Regulierung im nationalen Kontext zu finden, müsse die KI-Anwendung verstanden werden, nur so könne eine Chancen-Risiko-Analyse gelingen. Während die Forschung möglichst ungehindert ablaufen sollte, könne die Anwendung von KI im Sinne eines Lebenszyklus-Ansatzes reguliert werden. **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich) fragte nach der Notwendigkeit für NATO-Standards und **James Sunderland** (Vereinigtes Königreich) nach Möglichkeiten der Regulierung, da das Thema sehr komplex sei. **Yde** bestätigte die Notwendigkeit für NATO-Standards und berichtete, dass diese aktuell entwickelt würden. Für die Regulierung müsse sich die Politik an ethischen Prinzipien orientieren, denn autonome Systeme könnten den Menschen ungeahnte Vorteile bringen.

7.3 **Beratung des Generalberichtsentwurfes „Schutz kritischer maritimer Infrastrukturen – Die Rolle der Technologie“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Njall Trausti Fridbertsson (Island)**

Der Generalberichterstatter verwies darauf, dass der Schutz der kritischen maritimen Infrastruktur der NATO ein wichtiges Anliegen sei. Insbesondere von Russland ginge hierfür eine Gefahr aus. Auch nichtstaatliche Akteure könnten maritime Infrastruktur gefährden, da diese Infrastruktur oftmals groß und weitabgelegen sei. **Sorin-Dan Moldovan** (Rumänien) bat darum, im Bericht auf die Situation in der Schwarzmeerregion einzugehen und zukünftige neuartige Plattformen für Windenergie oder Speicherung von Kohlendioxid zu behandeln. **Anne Genetet** (Frankreich) regte an, den Titel des Berichts zu modifizieren, um verstärkt auf die Unterwasserinfrastruktur einzugehen. Der Ausschuss lehnte das mit Verweis darauf ab, dass es im Bericht auch um Häfen ginge.

Der Generalberichtsentwurf wurde mit Änderungen einstimmig angenommen.

7.4 **Vortrag von Jan Westenkær Thomsen, Leiter des Quanteninformatikprogramms der Universität von Kopenhagen, Niels-Bohr-Institut, zum Thema „Die Auswirkungen der Quantentechnologie auf die Sicherheit“**

Jan Thomsen zeigte auf, dass Quantentechnologie in einem ersten Schritt Lasertechnologie, Positionsbestimmungen und Computerchips ermöglichte. In Zukunft würde die zweite Generation der Quantentechnologie Durchbrüche in den Anwendungen der Sensorik, der Verschlüsselung und Leistungsfähigkeit von Computern bringen. Die Rechen- und Speicherleistungen von Computern könne revolutioniert werden. Insbesondere die Vereinigten Staaten, Deutschland und Spanien sowie China investierten in diese Technologie. Auf die Frage von **Jarno Linnell** (Finnland), was Finnland in seiner Quantentechnologiestrategie beachten solle, entgegnete **Thomsen**, dass die NATO bald eine eigene Strategie veröffentlichen werde und dies für alle Allianzmitglieder eine Basis darstellen solle. **Agnes Vadai** (Ungarn) bat um Argumente, die die Bevölkerung überzeugten, mehr Gelder für die Forschung bereitzustellen. **Thomsen** führte aus, dass gerade im zivilen Bereich davon auszugehen sei, dass schon sehr bald verbesserte Computer zur Verfügung stünden.

7.5 **Beratung des Sonderberichtsentwurfes „Neuartige Werkstoffe und additive Fertigung“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Sven Clement (Luxemburg), präsentiert von Joe Weingarten (SPD)**

Joe Weingarten (SPD) berichtete für den nicht anwesenden Berichterstatter Sven Clement, dass neuartige Werkstoffe und additive Fertigungsverfahren ganz oben auf der Agenda der NATO stünden, was sich in den Initiativen der Bündnispartner in diesem Bereich widerspiegele. Diese Technologien seien wichtig, um die Energiekrise zu bewältigen, Verteidigungsgüter bereitzustellen und sich als Allianz unabhängiger von Dritten mit Blick auf kritische Rohstoffe zu machen. Die NATO müsse verstärkt in diesen Bereich investieren, die besten Lösungen allen Mitgliedern zur Verfügung stellen und mehr Partner einbinden. Darüber hinaus benötige es einer Regulierung auf internationaler Ebene.

Der Sonderberichtsentwurf wurde angenommen.

7.6 **Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ zum Thema „Entwicklung von Zukunftsfähigkeiten: Robotik und autonome Systeme“ vorgelegt von dem Berichterstatter Joe Weingarten (Deutschland)**

Joe Weingarten (SPD) erinnerte den Ausschuss daran, dass die Robotik bereits in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens angekommen sei. Die militärische Nutzung sei zudem weit fortgeschritten und doch gebe es noch sehr großes Entwicklungspotenzial. Gerade im Militär könnten Robotik und insbesondere autonome Systeme wichtige Aufgaben erledigen. Dieser Effekt verstärke sich noch weiter, wenn diese Systeme als Schwärme eingesetzt würden. Ferner könnten unbemannte Systeme zur Militarisierung von Gebieten führen, die bisher für den Menschen nicht oder nur eingeschränkt zugänglich waren. Gleichzeitig könnten diese Systeme Schutz beispielsweise für kritische maritime Infrastruktur bieten. Allgemein sei es wichtig, das Vertrauen zwischen Mensch und Maschine zu stärken und hier weitere Forschung zu fördern, denn nur mit Vertrauen könne zukünftig eine vollständige Integration von autonomen Systemen in die Streitkräfte gelingen. Die Allianz müsse ihre Anstrengungen steigern, weiterhin die Technologieführerschaft in diesem Bereich beizubehalten. China dominiere bereits den Weltmarkt für Kampfdrohnen. Es sei ein Fakt, dass chinesische Drohnen immer leistungsfähiger würden. Dies gelte sowohl für Flug- als auch für Unterwasserdrohnen. Die Allianz müsse darauf hinarbeiten, dass Regulierung

gen auf internationaler Ebene etabliert werden, damit diese Technologien nicht an Staaten fallen, die die internationale regelbasierte Ordnung ablehnten. Schließlich bedürfe es einer verstärkten Cyberabwehr, denn eigene autonome Systeme könnten sonst vom Gegner genutzt werden. **Turhan Comez** (Türkei) regte an, dass der Bericht sich auch zum Thema Weiterbildung und Training sowie zur Langlebigkeit von autonomen Systemen äußere.

Der Berichtsentwurf wurde mit Änderungen einstimmig angenommen.

7.7 Vortrag des Juniorprofessors Andreas Graae, Königliche Verteidigungshochschule Dänemarks, Institut für Militärtechnologie, zum Thema: „Die Säuberung des Schlachtfelds? Das Trugbild der robotergestützten Kriegsführung“

Andreas Graae ging auf die Erfahrungen ein, die aus dem Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine in Bezug auf Drohnen resultierten. Noch immer bestünden beim Einsatz von Drohnen auch physische Gefahren für den Anwender. Hinzu kämen psychologische Traumata. Konventionelle Waffen hätten noch nicht ausgedient, vielmehr ginge es darum, dass autonome Systeme den Krieg komplexer machten. Die größten Erfolge könnten im Zusammenspiel von konventionellen und autonomen Systemen erzielt werden. Auch Graae betonte, dass mehr Vertrauen zwischen Mensch und Maschine hergestellt werden müsse. In der Diskussion machte **Joe Weingarten** (SPD) nochmals deutlich, dass es nicht darum gehe, entweder Drohnen oder konventionelle Waffen einzusetzen, sondern darum, beides im Zusammenspiel optimal zu nutzen.

7.8 Vortrag des Militäranalysten Rune Pilgaard Nielsen, Königliche Verteidigungshochschule Dänemarks, Institut für Militärtechnologie, zum Thema: „Technologische Innovation und Anpassungsfähigkeit aus der Sicht eines Praktikers“

Rune Pilgaard Nielsen warb dafür, dass die Militärführung lediglich übergeordnete Ziele ausbeute und die verschiedenen Ebenen darunter die Implementierung verantworteten. Hierfür sei gegenseitiges Verständnis notwendig und eine große Portion Vertrauen sowie eine Toleranz gegenüber Fehlern. Jedoch sei es nur so möglich, Innovationen zu gestalten und für die eigenen militärischen Ziele zu nutzen. Bei allem Verständnis für Regulierungen durch die Politik müsse dem Militär auch vertraut werden, da es sonst hinter seinen Möglichkeiten zurückbliebe. In der Diskussion wurde deutlich, dass Militärs in Demokratien starken Kontrollmechanismen unterlägen, gleichzeitig könne sich aber sehr viel stärker auf die unterste Ebene im Militär verlassen werden als in Autokratien.

7.9 Beratung und Abstimmung des Entschließungsentwurfs „Die Verbesserung des Schutzes der kritischen maritimen Infrastruktur des Bündnisses“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Njall Trausti Fridbertsson (Island)

Der Generalberichterstatter verwies auf die Schlussfolgerungen des Berichts, die in den Text der Erklärung eingeflossen seien.

Der Entschließungsentwurf wurde mit Änderungen bei einer Enthaltung angenommen.

8 Plenarsitzung

8.1 Ansprache des Präsidenten der Versammlung

Präsident **Michał Szczerba** (Polen) dankte den dänischen Gastgebern und würdigte die Leistung der ehemaligen Präsidentin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich). Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine betonte er, dass die Ukraine und ihre Verbündeten beachtlichen Widerstand leisteten. Die fortwährende Unterstützung der Ukraine durch Europa und die nordamerikanischen Staaten sei von großer Bedeutung. Russland und seine Unterstützer müssten zur Verantwortung gezogen werden. Der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine habe gezeigt, dass Russland die größte und direkteste Bedrohung für die Sicherheit der Allianz bleibe. Die NATO müsse darauf reagieren und das Erforderliche zur Gewährleistung der Sicherheit leisten. Er forderte die NATO-Mitgliedstaaten auf, das vereinbarte „Zwei Prozent Ziel“ zu erreichen und den neuen *Defence Production Action Plan* umzusetzen. Der Terrorismus bleibe die größte asymmetrische Bedrohung. Beispiele dafür seien die Angriffe auf das Innenministerium in der Türkei und der Angriff der Hamas auf Israel. Die Versammlung stehe fest an der Seite Israels. Die NATO müsse zudem die Stabilität in den Nachbarstaaten, wie beispielsweise auf dem West-Balkan, in Armenien und Aserbaidschan und im Süden, stärken.

8.2 Videoansprache des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj

Präsident Selenskyj betonte die Bedeutung der Einhaltung von internationalen Regeln und Gesetzen zur Gewährleistung von Frieden und rief zur Einigkeit gegenüber denjenigen auf, die versuchten, das internationale Recht durch Gewalt und Katastrophen zu ersetzen. Auf die Angriffe auf Israel eingehend unterstrich er, dass nur vereint das Böse gestoppt werden könne und dass der Wunsch nach Frieden die treibende Kraft sein solle. Internationale Regeln, wie das Verbot der Gewalt gegen Frauen und Kindern, seien die Grundlage für den Erhalt des Friedens. Die Welt müsse vereint gegen den Terror vorgehen und dürfe sich nicht in interne Konflikte verstricken lassen. Er dankte den Ländern, die die Ukraine im Kampf gegen den Terror unterstützten und forderte, Finanzierer von Terror zu bestrafen. Die Opfer von Terrorismus müssten unterstützt werden. Er ging auf die Bedeutung des von ihm entworfenen Friedensplans ein, nach dem die russischen Truppen vollständig abgezogen, Reparationen geleistet, Kriegsverbrechen bestraft und Sicherheitsgarantien für die Ukraine geleistet werden sollten. Mit Hilfe weltweiter Sanktionen müsse das Ziel sein, den Terrorismus zu besiegen und eine Welt des Friedens und der Freiheit zu hinterlassen.

8.3 Ansprache des ukrainischen Parlamentspräsidenten Ruslan Stefantschuk

Parlamentspräsident **Ruslan Stefantschuk** dankte der Versammlung für die Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg. Die Versammlung leiste einen wichtigen Beitrag zum Sieg der Ukraine. Er betonte, dass die Ukraine ihren Entschluss, Teil der demokratischen Gemeinschaft zu werden, nicht aufgeben werde. Er dankte für die Unterstützung durch die nationalen Parlamente hinsichtlich einer ukrainischen Mitgliedschaft in der NATO. Das Ziel sei, möglichst schnelle Fortschritte zu machen und eine Beitrittseinladung beim nächsten NATO-Gipfel zu erhalten, wenn das Bündnis sein 75. Gründungsjubiläum begeht. Die Ukraine habe einen großen Reformwillen, mit dessen Hilfe die Interoperabilität mit dem Bündnis und die Abwehrfähigkeiten der Ukraine gesteigert werden sollen.

8.4 „Women for Peace and Security Award“ an Svitlana Tichanowskaja

Svitlana Tichanowskaja dankte für den Preis und für die fortdauernde Unterstützung der demokratischen Kräfte in Belarus. Sie betonte, Frauen würden in der Politik zu häufig übersehen, was ein Fehler sei. Die Inklusion von Frauen führe zu mehr Empathie, Menschlichkeit und Weisheit bei der Entscheidungsfindung. Sie drückte ihr Mitgefühl mit den israelischen Männern und Frauen aus, die durch die Hamas gefangen genommen wurden. Auch die belarussischen Bürgerinnen und Bürger seien Geiseln des derzeitigen Regimes. Sie widmete ihren Preis den Freiheitskämpferinnen in Belarus, die zum Teil zu langen Haftstrafen verurteilt worden seien. Sie seien unrechtmäßig verurteilt worden und würden durch die Einzelhaft gefoltert. Sie macht insbesondere auf das Schicksal von Palina Sharneda-Panasiuk aufmerksam, die im vergangenen Jahr über 200 Tage in Einzelhaft verbracht habe. Dies diene dazu, sie langsam zu töten, da sie bei einer Körpergröße von 170 cm nur noch 47 kg wiege. Dennoch bleibe sie standhaft in ihrem Kampf für ein demokratisches Belarus. Die Schicksale der Ukraine und Belarus seien miteinander verbunden. Sie rief dazu auf, die Ukraine weiterhin zu unterstützen und belarussische Oppositionelle in ihren Ländern aufzunehmen.

8.5 Ansprache des stellvertretenden NATO-Generalsekretärs Mircea Geoană mit anschließender Fragerunde

Der stellvertretende NATO-Generalsekretär **Mircea Geoană** würdigte die Bedeutung Dänemarks für die NATO. Er verurteilte die terroristischen Angriffe gegen Israel und unterstrich dessen Selbstverteidigungsrecht. Er betonte die fortgesetzte Unterstützung für die Ukraine im Krieg gegen Russland. Zudem sei eine enge Zusammenarbeit gegen hybride Bedrohungen von großer Bedeutung. Er ging auf die aktuellen Gefahren ein, insbesondere auf diejenigen, die von Russland und China ausgingen. Als Gegenmaßnahmen müssten die Abschreckung gestärkt und die Verteidigungsausgaben sowie die Produktion von Munition und Waffen gesteigert werden. Zudem forderte er Investitionen in neue Technologien und in den Kampf gegen Desinformation und Cyberangriffe. Eine enge Zusammenarbeit mit der EU, aber auch mit Partnern in Afrika und dem Nahen Osten sei wichtig. Im Süden wüchsen die Gefahren aufgrund des chinesischen und russischen Einflusses auf die afrikanischen Länder. Die NATO beruhe auf gemeinsamen Werten wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und lehne autoritäre Regime ab. **Nicu Falcoi** (Rumänien) fragte, wie die NATO ihre Mitgliedstaaten dabei unterstützen könne, mit der Ukraine das Problem von Drohnen und Trümmerteilen in Grenzgebieten zu lösen. **Geoană** berichtete über als geheim eingestufte Pläne zur Luftabwehr und betonte, dass diese umgesetzt sowie mehr in die Luftabwehr inves-

tiert werden müsse. **Julie Dzerowicz** (Kanada) erkundigte sich nach den Fortschritten für ein neues Getreideabkommen für die Ukraine. **Geoană** führte aus, Russland sei ein barbarischer Akteur, der versuche, die ukrainische Wirtschaft zu schädigen, indem er die Agrarindustrie und deren Exporte zerstöre. Die NATO habe deshalb ihre Überwachungsbemühungen im Schwarzen Meer erhöht. Gemeinsam mit den VN bemühe man sich um ein neues Getreideabkommen. **Mimi Kodheli** (Albanien) erkundigte sich nach der zeitlichen Dauer der KFOR-Mission. **Geoană** sagte, es sei frustrierend, dass nach Jahrzehnten des Einsatzes in der Region noch immer Spannungen bestünden. Weiterhin müsse der Eindruck der Neutralität gegenüber der örtlichen Bevölkerung gewahrt werden. Die NATO würde die Mission so lange fortsetzen, wie nötig. **Theo Francken** (Belgien) wollte wissen, wann die NATO eine entschlossene Haltung gegenüber Iran zeigen würde. **Geoană** erwiderte, das Verhalten Irans sei besorgniserregend. Die NATO unterhalte eine Mission im Irak und die Abraham-Accords hätten die Lage in der Region verändert. Die NATO werde erst im konkreten Fall reagieren. **Gerald Conolly** (USA) erkundigte sich nach den Gründen, warum er das von der Versammlung vorgeschlagene Zentrum für demokratische Resilienz nicht angesprochen habe und wann die Werte der NATO auch durch eine organisatorische Infrastruktur untermauert würden. **Geoană** betonte, die Werte der NATO seien allen NATO-Mitarbeitenden sehr wichtig und nicht nur eine leere Hülle. Der NATO-Generalsekretär und er würden alles unternehmen, um die grundlegenden Werte des Bündnisses in alle Handlungen einfließen zu lassen. **Audronius Azubalis** (Litauen) erkundigte sich, wer die genauen Bedingungen für den Beitritt der Ukraine zur NATO wann entwickeln werde. Es sei eine politische Frage und nicht die von konkreten Bedingungen. Die Ukraine sei der NATO näher als je zuvor. Auf die Frage von **Ante Bacic** (Kroatien) nach der Lage im Kosovo angesichts der hybriden Bedrohung in der Region führte er aus, der West-Balkan sei ein Teil Europas, bei dem Russland versuche, seinen Einfluss perfide und böse geltend zu machen. Beweise, dass es eine Verbindung zwischen den Geschehnissen im Kosovo und Russland gebe, lägen zwar nicht vor. Es sei allerdings eindeutig, dass staatliche oder nichtstaatliche Akteure sich koordinierten. **Matej Tonin** (Slowenien) erklärte, nur elf NATO-Mitglieder erreichten das Zwei-Prozent-Ziel und ob dagegen Maßnahmen entwickelt würden. **Geoană** führte aus, die Situation habe sich seit dem letzten NATO-Gipfel geändert und für jeden sei die Zielerreichung notwendig. Das wichtigste Mittel sei der jährliche Ausgabenbericht der Mitgliedstaaten. **Njall Fridbertsson** (Island) fragte, ob die Bedeutung der Infrastruktur im hohen Norden, wie Telekommunikationskabel oder Gasleitungen, durch die NATO ernstgenommen und welche Schritte unternommen werden könnten, diese besser zu schützen. **Geoană** legte dar, dass die Infrastruktur im hohen Norden verwundbar sei, sei offensichtlich. Deshalb sei in Rekordzeit eine Einheit zum Schutz der kritischen Unterseeinfrastruktur eingerichtet worden. Für eine gute Zusammenarbeit seien Industrie, Regierungen und NATO gleichermaßen gefordert. **Anne Genetet** (Frankreich) fragt, wann der Plan zur verstärkten Integration zwischen der NATO und der EU umgesetzt werde. **Geoană** betonte, die NATO-Führung sehe die EU als den strategischen Schlüsselpartner an. Die EU und die NATO seien aufgrund der gemeinsamen Werte, trotz unterschiedlicher Mitgliedschaften, zwei Seiten der gleichen Medaille. Die EU und das NATO-Generalsekretariat seien eine neue Partnerschaft in verschiedenen Gebieten eingegangen. Zudem sei eine Taskforce zum Thema Resilienz zwischen der NATO und der EU-Kommission gebildet worden. **Jeroen van Wijngaarden** (Niederlande) schlug vor, angesichts drohender Kriegsmüdigkeit in den NATO-Staaten solle die Unterstützung für die Ukraine längerfristiger oder sogar unbefristet zugesagt werden. **Geoană** betonte die Bedeutung eines ukrainischen Sieges, nicht nur für die Sicherheit in Europa, sondern auch im Hinblick auf die Situation zwischen China und Taiwan. Allerdings seien die NATO-Mitgliedstaaten Demokratien, die nicht die Meinung ihrer Öffentlichkeiten ignorieren könnten. Es sei wichtig darauf zu achten, dass das Versprochene eingehalten werde. **Jukka Kopra** (Finnland) erkundigte sich, ob sich ein langfristig verzögerter Beitritt Schwedens auf die NATO-Strategie auswirke. **Geoană** betonte, er sei überzeugt, dass der Beitritt bald erfolgen werde. **César Mogo** (Spanien) betonte die Bedeutung der Situation in Mauretanien für die südlichen Mitgliedstaaten, insbesondere im Hinblick auf den Einfluss Russlands. **Geoană** lobte den Einsatz von NATO-Mitgliedstaaten in der Sahelzone und betonte, man müsse den lokalen Akteuren deutlich machen, dass das Angebot der NATO besser sei als das der anderen Seite. Er hoffe zudem, dass auf dem Gipfel in Washington ein verstärkter Einsatz der NATO beschlossen würde. **Petro Poroshenko** (Ukraine, Partner) betonte die Bedeutung weiterer Hilfslieferungen an die Ukraine und der Lieferung von F-16-Kampfflugzeugen. Er erkundigte sich nach den Erwartungen an den Gipfel in Washington und was die Ukraine tun könne, um den Beitrittsprozess zu beschleunigen. **Geoană** erklärte, die Ukraine müsse den Reformkurs weitergehen und sei der NATO so nahe wie nie. Die Lage sei schwer, dennoch müsse die Ukraine den bisherigen Kurs weiterverfolgen. **Irakli Beraia** (Georgien, Partner) erkundigte sich nach den Plänen zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Beitrittskandidaten und der Perspektive für die Sicherheit in der Schwarzmeerregion. **Geoană** führte aus, Georgien sei weiterhin der wichtigste NATO-Partner, dicht nach der Ukraine, und befände sich hinsichtlich eines Beitritts in einer besseren Position als viele anderen Staaten. Auch Georgien müsse den Reformkurs beibehalten.

8.6 Beratung und Abstimmung über die Entschließungsentwürfe

Nach einer Aussprache wurden mehrheitlich sechs Entschließungen angenommen. Der Ausschuss für Demokratie und Sicherheit legte den Entwurf „Der Schutz der Demokratien der Verbündeten und Partner vor Desinformation“ vor. Die Entwürfe „Die Umsetzung der neuen Grundanforderung der NATO für Abschreckung und Verteidigung“ sowie „Die Erhöhung der Stabilität und Sicherheit im Schwarzmeerraum nach der umfassenden militärischen Invasion Russlands in der Ukraine“ hatte der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit erarbeitet. Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit legte den Entwurf „Auf dem Weg zum Wiederaufbau der Ukraine“, der Politische Ausschuss den Entwurf „Die Umsetzung der Beschlüsse des Gipfeltreffens von Vilnius: Die Anpassung der NATO beschleunigen und die Ukraine unterstützen“ und der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie den Entwurf „Die Verbesserung des Schutzes der kritischen maritimen Infrastruktur des Bündnisses“ vor.

8.7 Bericht des Schatzmeisters und Annahme des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2024

Schatzmeister **Wolfgang Hellmich** (SPD) stellte den geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2022 sowie seinen Bericht über den Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 vor. Die Versammlung nahm die Dokumente in der jeweils vorgelegten Fassung an.

Berlin, den. 15. April 2024

Dr. Johann David Wadehul
Leiter der Delegation

Staatsminister Rainer Robra
Für den Bundesrat

9 Verabschiedete Entschlüsse

Entschließung 483¹

Der Schutz der Demokratien der Verbündeten und Partner vor Desinformation

Joëlle GARRIAUD-MAYLAM (Frankreich)

Generalberichterstatterin

Die Versammlung,

1. **in der Erwägung**, dass Desinformation in all ihren Ausprägungen eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit, den Zusammenhalt und funktionierende Demokratien im Bündnis darstellt;
2. die zunehmende Verbreitung, immer raffinierter werdende Technik und den zunehmenden Einfluss von falschen Informationen, die mithilfe fortschrittlicher Kommunikationstechnologien vor allem unter bzw. von Menschen verbreitet werden, denen bisweilen kein ausreichender Zugang zu verlässlichen Quellen oder Informationen zur Verfügung steht, **mit Bedauern zur Kenntnis nehmend**;
3. die Nutzung von Desinformationskampagnen durch autoritäre Staaten mit dem Ziel, die NATO-Mitgliedstaaten und ihre Partner zu schwächen und ihre demokratischen Institutionen, Vertreterinnen und Vertreter, Prozesse und Grundsätze zu delegitimieren und gleichzeitig ihre eigenen repressiven Herrschaftsmodelle zu fördern, **verurteilend**;
4. **beunruhigt** über die Erzeugung und Verbreitung von Desinformation durch eine Vielzahl nichtstaatlicher Akteure auch innerhalb der Gesellschaften der NATO-Mitgliedstaaten;
5. **mit Hinweis darauf**, dass böswillige Akteure die Offenheit und Freiheit der Meinungsäußerung, die die Gesellschaften der NATO-Mitgliedstaaten prägen, ausnutzen, um ihre falschen Narrative zu verbreiten, aber die Bekämpfung von Desinformation nicht dazu führen darf, dass demokratische Grundsätze ausgehöhlt werden;
6. die Bedeutung der Rolle der NATO bei der Unterstützung und Koordinierung des Aufbaus von Resilienz und der Bekämpfung von Desinformation **erneut bekräftigend** – auch wenn diese Bereiche primär in nationaler Zuständigkeit liegen;
7. **unter Begrüßung** der ausdrücklichen Betonung der Notwendigkeit, Desinformationskampagnen zu bekämpfen, und der in diesem Zusammenhang im strategischen Konzept der NATO von 2022 eingegangenen Verpflichtungen, und die Anstrengungen der Verbündeten und der NATO der letzten Jahre mit Blick auf die Stärkung ihrer Fähigkeit, Desinformationskampagnen aufzudecken und zu bekämpfen, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
8. die von Russland und seinen Stellvertretern ausgehenden aggressiven und intensiven Desinformationskampagnen im Informationsbereich im Zusammenhang mit der erneuten Invasion in der Ukraine **entschieden verurteilend**, die Wirksamkeit der ukrainischen Reaktion **würdigend** und die Unterstützung der ukrainischen Regierung durch die Verbündeten **begrüßend**;
9. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses sowie gegebenenfalls die NATO-Organe **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. die bereits im Rahmen der Bekämpfung von Desinformation eingegangenen Verpflichtungen umzusetzen und diesen Kampf weiterhin in den Mittelpunkt ihrer aktuellen und künftigen Initiativen zur Stärkung der Resilienz der Verbündeten zu stellen;
 - b. ihre Kenntnisse über die von Desinformation ausgehenden Bedrohungen zu erweitern, um rascher und effektiver reagieren zu können, insbesondere durch Verstärkung ihrer Maßnahmen zur Aufdeckung von Kampagnen und Identifizierung der Drahtzieher;
 - c. soweit möglich klar zu benennen, wer für Desinformationskampagnen verantwortlich ist, und die Verantwortlichen entsprechend zu bestrafen;

¹ Vom Ausschuss für Demokratie und Sicherheit vorgelegt und von der Plenarversammlung am Montag, 9. Oktober 2023, in Kopenhagen (Dänemark) verabschiedet.

- d. ihre Resilienz gegenüber Desinformation regelmäßig und sorgfältig zu überprüfen, um potenzielle Gefahrenstellen zu erkennen und zu beseitigen;
- e. im Informationsraum verbreitete falsche Narrative, die eine Gefahr für die Gesellschaften der NATO-Mitgliedstaaten darstellen, unmittelbar zu widerlegen und dabei zu vermeiden, dass deren Sichtbarkeit unnötig verstärkt wird;
- f. ihre nationalen gesetzlichen Bestimmungen zu konsolidieren, um den Informationsraum besser vor der Verbreitung von Desinformation zu schützen, und gleichzeitig den Grundsatz der Freiheit der Meinungsäußerung zu garantieren;
- g. für den Kampf gegen Desinformation auf nationaler und zwischenstaatlicher Ebene ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen bereitzustellen, insbesondere durch Stärkung der Kapazitäten der spezialisierten Institutionen und die Ausweitung der Unterstützung für Qualitätsmedien und relevante zivilgesellschaftliche Organisationen;
- h. die Medienkompetenz zu fördern und Kampagnen durchzuführen, um das Bewusstsein für Desinformation in der Bevölkerung der NATO-Mitgliedstaaten zu schärfen, beispielsweise mithilfe der Medien und der Bildungssysteme;
- i. Social Media-Plattformen aufzufordern, die Bekämpfung von Desinformation besser in ihre Werbung, Content-Moderation und Verfahren zur Entwicklung von Algorithmen zu integrieren;
- j. ihre Unterstützung für die Ukraine in ihrem Kampf gegen russische Desinformation und Propaganda aufrechtzuerhalten und zu erweitern und aus den Erfahrungen im Zusammenhang mit der erfolgreichen Reaktion der Ukraine entsprechende Konsequenzen zu ziehen und diese umzusetzen;
- k. die Zusammenarbeit auszubauen und den Austausch über bewährte Verfahren unter den Mitglied- und Partnerstaaten, internationalen Organisationen einschließlich der Europäischen Union und relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie zwischen der NATO und der Parlamentarischen Versammlung der NATO zu verbessern, um verifizierte Informationen über das Bündnis zu verbreiten;
- l. ein Zentrum für demokratische Resilienz innerhalb der NATO einzurichten, das als Plattform für die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und den Austausch von bewährten Verfahren unter den Verbündeten und ihren Partnern dienen kann;
- m. jegliche negativen Auswirkungen der Nutzung von Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz im Rahmen von Desinformationskampagnen zu bewerten und zu verhindern.

Entschließung 484²

Die Umsetzung der neuen Grundanforderung der NATO für Abschreckung und Verteidigung

Utku ÇAKIRÖZER (Türkei)

Generalberichterstatter

Die Versammlung,

1. **in der Erkenntnis**, dass der grundlose, ungerechtfertigte, brutale und widerrechtliche Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine den Frieden und die Stabilität des euro-atlantischen Raums erschüttert und das Sicherheitsumfeld, mit dem die Verbündeten konfrontiert sind, grundlegend verändert sowie eine Situation geschaffen hat, in der die Verbündeten die Möglichkeit eines Angriffs auf ihre Souveränität und territoriale Unversehrtheit nicht mehr ausschließen können;
2. **sich dessen bewusst**, dass ein aggressiver strategischer Wettbewerb, weitreichende Instabilität und wiederkehrende Schocks das allgemeine Sicherheitsumfeld der Verbündeten prägen und dass diese Bedrohungen global sind und miteinander zusammenhängen;

² Vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit vorgelegt und von der Plenarversammlung am Montag, 9. Oktober 2023, in Kopenhagen (Dänemark) verabschiedet.

3. **besorgt** über die wachsende globale Herausforderung, die autoritäre Akteure für die Interessen, die Werte und die demokratische Lebensweise der Verbündeten darstellen, wie ihre zunehmenden Investitionen in hochentwickelte konventionelle und nukleare Raketensysteme, ihre Einflussnahme auf die demokratischen Institutionen und Gesellschaften der Verbündeten mittels unzähliger hybrider Taktiken und ihre bewussten Versuche, multilaterale Normen und Institutionen zu untergraben und autoritäre Regierungsformen zu fördern, unter Beweis stellen;
4. **die Ansicht vertretend**, dass die Russische Föderation gegenwärtig die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum darstellt, und **davon ausgehend**, dass sie durch Druckausübung, Subversion, Aggression und Annexion die direkte Kontrolle über ihr nahes Ausland erlangen und Einflussphären in den Ländern in ihrer unmittelbaren Umgebung schaffen möchte;
5. **beunruhigt** über die destabilisierend wirkende militärische Modernisierung und Aufrüstung Russlands insbesondere in Form von Investitionen in disruptive neue nukleare Kräfte und seiner fortgesetzten bereichsübergreifenden militärischen Aufrüstung und Präsenz im Ostsee-, Schwarzmeer- und Mittelmeerraum und quer durch die Arktis;
6. **alarmiert** über die rücksichtslose nukleare Rhetorik der russischen Regierung gegenüber NATO-Verbündeten und -Partnern sowie über die fortgesetzten Verletzungen und die selektive Umsetzung ihrer Rüstungskontrollverpflichtungen und -zusagen, worin sich eine aggressive Politik des äußersten Risikos offenbart, die zur Verschlechterung des allgemeinen Sicherheitsumfelds beiträgt;
7. **wachsam** gegenüber der sich vertiefenden militärischen Integration Russlands mit Belarus durch die Verlegung von hochentwickelten russischen Militärfähigkeiten und von russischem Militärpersonal nach Belarus, einschließlich seiner erklärten Absicht, taktische Kernwaffen in Belarus zu stationieren, was Auswirkungen auf die regionale Stabilität und die Abschreckung und Verteidigung der Verbündeten hat;
8. **mahnend darauf hinweisend**, dass der Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen und Ausprägungen die größte asymmetrische Bedrohung für die Sicherheit der Bevölkerungen der NATO-Staaten und für Frieden und Wohlstand auf der Welt darstellt, und **sich dessen bewusst**, dass terroristische Organisationen ihre Reichweite und Vernichtungskraft durch breitere Netzwerke und den verbesserten Zugang zu neuen Technologien erhöhen;
9. **in Kenntnis** der Tatsache, dass die von der Volksrepublik China erklärten Ziele und ihre Politik des Zwangs vielfältige und systemische Herausforderungen für die Interessen, die Sicherheit und die Werte der euro-atlantischen Gemeinschaft darstellen, unter anderem durch Pekings immer enger werdende strategische Partnerschaft mit Russland;
10. **in der Erkenntnis**, dass böswillige Akteure zunehmend versuchen, die Institutionen, kritischen Infrastrukturen, Volkswirtschaften und Gesellschaften der Verbündeten durch Cyberoperationen zu stören und zu schwächen;
11. **in hohem Maße besorgt** darüber, dass die Verletzungen und die selektive Umsetzung ihrer Rüstungskontrollverpflichtungen und -zusagen seitens der Russischen Föderation zur Verschlechterung der allgemeinen Sicherheitslandschaft beigetragen haben, und **sich dessen bewusst**, dass die fortgesetzte Aushöhlung der Rahmeninstrumente und Normen für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung die strategische Stabilität untergräbt;
12. **unter Begrüßung** der auf den NATO-Gipfeltreffen 2022 in Madrid und 2023 in Vilnius gefassten weitreichenden Beschlüsse, die die Geschlossenheit der Verbündeten demonstrierten und die Grundlage für einen fundamentalen Wandel im Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO sowie für ihre detailliertesten und robustesten regionalen Verteidigungspläne seit dem Kalten Krieg bildeten;
13. **unter Hinweis darauf**, dass mit dem Strategischen Konzept von 2022 eine neue Grundanforderung für das Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv des Bündnisses geschaffen wurde;
14. die bedeutenden Schritte **zur Kenntnis nehmend**, die seit 2014 zur Anpassung und Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO unternommen wurden, wodurch sich die Einsatzbereitschaft, Präsenz und Resilienz der Truppe bündnisweit erheblich verbessert haben;
15. **unter Hinweis darauf**, dass das Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO auf einer geeigneten Mischung aus nuklearen, konventionellen und Raketenabwehrfähigkeiten, ergänzt durch Weltraum- und Cybermittel, beruht, sowie **unter Betonung** der Tatsache, dass dieses Dispositiv defensiv und verhältnismäßig ist und in völligem Einklang mit unseren internationalen Verpflichtungen steht;

16. **unterstreichend**, welche Bedeutung der Vornepräsenz des Bündnisses entlang der Ostflanke der NATO – von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer – zukommt, und die Zusage der Verbündeten begrüßend, diese Gefechtsverbände wo und wann erforderlichlich auf Brigaden aufzustocken, um die Sicherheit aller Bevölkerungen und Gebiete der Verbündeten zu gewährleisten;
17. **unter Begrüßung** der schnellen Fortschritte hin zur vollständigen Integration Finnlands in die Abschreckung und Verteidigung der NATO sowie der Zusage der Verbündeten, diesen Prozess so bald wie möglich abzuschließen, und der alsbaldigen Begrüßung Schwedens als NATO-Mitglied **erwartungsvoll entgegensehend**;
18. **bestärkt** durch die Vereinbarung der Verbündeten, die Reaktionsfähigkeit, Einsatzbereitschaft und Interoperabilität der Integrierten Flug- und Raketenabwehr der NATO zu verbessern;
19. **in Würdigung** der dauerhaften Verpflichtung der NATO-Staats- und Regierungschefs, jährlich mindestens 2 Prozent des BIP in Verteidigung zu investieren, um die Umsetzung der neuen Grundanforderung für Abschreckung und Verteidigung durch die NATO-Staaten zu gewährleisten;
20. den von den Verbündeten in Vilnius vereinbarten Aktionsplan zur wehrtechnischen Produktion **unterstützend**, der Investitionen in die Fähigkeiten erleichtern soll, die zur Erfüllung der neuen Grundanforderung der NATO für Abschreckung und Verteidigung sowie auch zur Auffüllung der schrumpfenden Waffen- und Munitionsbestände erforderlichlich sind;
21. die Verabschiedung neuer regionaler Verteidigungspläne durch die NATO-Staats- und Regierungschefs, die die größte Reform der militärischen Struktur und des Dispositivs der NATO in der Zeit nach dem Kalten Krieg einläuten, sowie ihre Zusage zur Einrichtung einer neuen multinationalen und bereichsübergreifenden Bündnisreaktionskraft, die den 360-Grad-Ansatz der Verbündeten bei der Abschreckung und Verteidigung weiter stärken wird, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
22. **unter Begrüßung** der Einrichtung des NATO-Exzellenzzentrums für den Weltraum in Frankreich in der Erkenntnis, dass weiterhin eine wirksame Abschreckung und Verteidigung in allen Einsatzbereichen gewährleistet werden muss;
23. **unter Begrüßung** der Einsetzung der NATO-EU-Taskforce für die Resilienz kritischer Infrastrukturen und der Zusammenarbeit zwischen der NATO und Partnerländern wie Japan zur Verbesserung der maritimen Fähigkeiten durch erhöhte Interoperabilität und Einsatzbereitschaft;
24. **in Würdigung** der Bemühungen der EU um die Verbesserung des Schutzes der Unterwasser-Infrastruktur und **unter Hervorhebung** der wertvollen Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU in maritimen Fragen, insbesondere der Initiativen, an denen die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) in Lissabon beteiligt ist;
25. **unter Hinweis darauf**, dass im Strategischen Konzept der NATO die Notwendigkeit anerkannt wird, strategische Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten in Bezug auf die kritische Infrastruktur der Verbündeten zu identifizieren und zu mindern;
26. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente des nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. in ihren konzentrierten Bemühungen um eine weitere Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO Geschlossenheit zu zeigen, da dieses das Rückgrat der gegenseitigen Beistandsverpflichtung der Verbündeten gemäß Artikel 5 bildet;
 - b. das neue Streitkräftemodell der NATO vollständig und unverzüglich umzusetzen, um die Streitkräftestruktur der NATO zu modernisieren, ihre Ostflanke von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer weiter zu stärken, ihre neuen regionalen Verteidigungspläne umzusetzen und es den Verbündeten zu ermöglichen, an einem 360-Grad-Ansatz bei der Abschreckung und Verteidigung festzuhalten;
 - c. in die Fähigkeiten zu investieren, die für die Abwehr von Bedrohungen in allen Bereichen erforderlichlich sind, einschließlich Fähigkeiten für Präzisionsschläge aus großer Entfernung, fortschrittlicher Luft- und Seesysteme, hochmoderner Cyberabwehr- und Weltraummittel sowie moderner Luft- und Raketenabwehrsysteme, die für die Abwehr der zunehmend vielfältigen und herausfordernden Bedrohungen aus der Luft und durch Flugkörper, die von einfachen unbemannten Luftfahrzeugen bis hin zu technisch hochentwickelten Hyperschallraketen reichen, notwendig sind;
 - d. die Verteidigungsinvestitionen mit dem auf den Gipfeltreffen von 2022 und 2023 bekundeten festen politischen Willen in Einklang zu bringen, alle Initiativen der NATO nach 2014 aufrechtzuerhalten und zu stärken, was durch eine festere Zusage zu Investitionen im Verteidigungsbereich, mit der sich alle Verbündeten in Vilnius verpflichtet haben, jährlich mindestens 2 Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben, untermauert wurde;

- e. weiterhin durch energische und wirksame Abschreckung und Verteidigung, Rüstungskontrolle, Abrüstung, Nichtverbreitung sowie zielführenden und gegenseitigen politischen Dialog nach strategischer Stabilität zu streben;
- f. weiterhin alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Glaubwürdigkeit, die Wirksamkeit und die Sicherheit des nuklearen Abschreckungsauftrags der NATO zu gewährleisten;
- g. die Stärke und das Potenzial von bündnisweiten Initiativen wie dem Fonds für Verteidigungsinnovationen und dem Beschleuniger von Verteidigungsinnovationen für den Nordatlantik (DIANA) gezielt zu nutzen, um Innovationen im Verteidigungsbereich zu unterstützen, den technologischen Vorsprung der Verbündeten zu vergrößern und zur Entwicklung und Einführung neuartiger „Dual-Use“-Technologien beizutragen, damit den entscheidenden verteidigungs- und sicherheitstechnischen Herausforderungen von heute und morgen begegnet werden kann;
- h. zusammenzuarbeiten, um Barrieren für die bündnisinterne Zusammenarbeit bei der wehrtechnischen Produktion abzubauen;
- i. Bündnisinitiativen zur Stärkung der Position der NATO in den Bereichen Cyberspace und Weltraum zu fördern;
- j. die Befähigung des Verantwortungsbereichs des SACEUR zu gewährleisten, indem die für eine wirksame Führung sowie für die militärische Mobilität im gesamten Bündnisgebiet erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen sichergestellt werden;
- k. ihre Anstrengungen fortzusetzen, Bedrohungen durch terroristische Gruppen zu bekämpfen, durch Abschreckung zu verhindern, abzuwehren und auf sie zu reagieren, und zu diesem Zweck verstärkt mit der EU und anderen Partnern, insbesondere im Süden, zusammenzuarbeiten;
- l. die Entwicklung ihrer nationalen Ziele und ihrer jeweiligen Umsetzungspläne fortzusetzen, um die nationale und kollektive Resilienz im Einklang mit Artikel 3 des Vertrags von Washington zu stärken;
- m. die vorhandene Zusammenarbeit mit den NATO-Beitrittskandidaten Bosnien und Herzegowina, Georgien und Republik Moldau weiterzuentwickeln und zu stärken und mit ihnen zusammenzuarbeiten, um ihre Integrität und Resilienz aufzubauen, ihre Verteidigungsfähigkeiten zu entwickeln, ihre politische Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten und die auf dem NATO-Gipfel von Madrid 2022 gebilligten gezielten Unterstützungsmaßnahmen zu garantieren;
- n. als Verbündete und mit gleichgesinnten Partnern verantwortungsvoll zusammenzuarbeiten, um die von China ausgehenden systemischen Herausforderungen für die euro-atlantische und globale Sicherheit anzugehen und sicherzustellen, dass die NATO dauerhaft in der Lage bleibt, die Verteidigung und Sicherheit der Verbündeten zu garantieren;
- o. die strategische Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der NATO weiter zu festigen und auszubauen und dabei die in der Gemeinsamen Erklärung der EU und der NATO von 2023 enthaltene Verpflichtung zu begrüßen, diese einzigartige und unentbehrliche Partnerschaft auf eine neue Stufe zu heben, eine wirksame Zusammenarbeit zu gewährleisten, bei der die Stärken einer jeden Organisation genutzt und unnötige Dopplungen vermieden werden, und dafür zu sorgen, dass nicht der EU angehörende NATO-Staaten so umfassend wie möglich einbezogen werden.

Entschließung 485³**Die Erhöhung der Stabilität und Sicherheit im Schwarzmeerraum nach der umfassenden militärischen Invasion Russlands in der Ukraine****Lord LANCASTER (Vereinigtes Königreich)**

Berichterstatter

Die Versammlung,

1. **unter schärfster Verurteilung** des ungerechtfertigten, grundlosen, rechtswidrigen und brutalen Angriffs-kriegs Russlands gegen die Ukraine sowie der fortgesetzten rechtswidrigen Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien/Zchinwali, woran sich täglich zeigt, dass die Russische Föderation für die Sicherheit der Verbündeten und den Frieden und die Stabilität im euro-atlantischen Raum eine große und unmittelbare Be-drohung darstellt;
2. **in der Erkenntnis**, dass durch das Vorgehen Russlands die zunehmende strategische Bedeutung der Schwarzmeerregion für die euro-atlantische Sicherheit, wie dies im Strategischen Konzept von 2022 anerkannt wird, und die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie für die Schwarzmeerregion deutlich werden;
3. **in Würdigung** der mutigen Selbstverteidigung der Ukraine gegen die russische Aggression zum Schutz ihrer Souveränität und Demokratie – ein Recht, das in Artikel 51 der VN-Charta festgeschrieben ist –, **in Anerkennung** der umfangreichen Unterstützung, die der Ukraine für die heldenhafte Verteidigung ihres Staates, ihres Hoheits-gebiets und unserer gemeinsamen Werte auf dem Gipfeltreffen von Vilnius von den Verbündeten und Partnern zuteil wurde, und **ermutigt** durch die Schaffung der Mechanismen, die zur Fortsetzung und Verstärkung dieser Unterstützung in näherer Zukunft notwendig sind;
4. **in lobender Anerkennung** der fortgesetzten, erheblichen und lebenswichtigen militärischen, wirtschaftli-chen, politischen und humanitären Unterstützung der Ukraine durch die Verbündeten und Partner, einschließlich der Aufwertung der politischen Beziehungen der NATO selbst zur Ukraine und der ihr gewährten praktischen Unterstützung;
5. **erschüttert** über die anhaltenden und skrupellosen Angriffe Russlands auf die zivile Infrastruktur der Ukra-ine, insbesondere auf das ukrainische Stromnetz und andere lebenswichtige kritische Infrastrukturen, von denen viele vom Schwarzen Meer aus erfolgen;
6. **in höchstem Maße wachsam** gegenüber den unmittelbaren Auswirkungen und dem Eskalationspotenzial, das der russische Raketenbeschuss der Ukraine für die Schwarzmeer-Anrainerstaaten und hierbei besonders Ru-mänien und die Republik Moldau hat, zumal die Raketenangriffe, die an Flussufern gegenüber rumänischem Ho-heitsgebiet stattfinden und die in eklatanter Weise moldauischen Luftraum verletzen, Stromausfälle verursachen und Trümmer auf das Gebiet beider Länder fallen lassen;
7. **unter Verurteilung** dessen, dass Russlands militärische Aufrüstung auf der Krim und im Schwarzen Meer seit der rechtswidrigen Annexion der ukrainischen Krim durch Russland im Jahr 2014 und vor allem seit der großangelegten Invasion im Februar 2022 insbesondere durch die Verhängung einer Seeblockade der ukraini-schen Küste, zu der auch der umfangreiche Einsatz von Seeminen in dem Gebiet gehört, gegen die internationalen Bestimmungen betreffend die Freiheit der Schifffahrt verstößt;
8. **unter Verurteilung** der erklärten Absicht Russlands, einen Marinestützpunkt in dem widerrechtlich von Russland besetzten georgischen Gebiet Otschamtschire aufzubauen, was die Schwarzmeerregion weiter zu desta-bilisieren droht;
9. darüber hinaus **unter Begrüßung** der Aussetzung der Sendeaktivitäten und Lizenzen verschiedener vom Kreml unterstützter Medienunternehmen, die von der russischen Regierung instrumentalisiert wurden, um Infor-mationen über die Invasion der Ukraine zu manipulieren und Desinformation zu fördern, darunter auch Propa-ganda, die darauf abzielt, die Nachbarländer Russlands sowie die EU und ihre Mitgliedstaaten zu destabilisieren, und die NATO-Mitgliedstaaten auffordernd, sofern noch nicht geschehen dasselbe zu tun;

³ Vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit vorgelegt und von der Plenarversammlung am Montag, 9. Oktober 2023, in Kopenhagen (Dänemark) verabschiedet.

10. **mit Bedauern** über den einseitigen Rückzug Russlands aus der Schwarzmeer-Getreideinitiative;
11. die Verbrechen Russlands im Zusammenhang mit seinen vorsätzlichen Angriffen auf die ukrainischen Schwarzmeer- und Donauhäfen und landwirtschaftlichen Einrichtungen, die zu erheblichen Verlusten an Menschenleben und wirtschaftlicher Zerstörung geführt und die globale Nahrungsmittelsicherheit untergraben haben, **zur Kenntnis nehmend**;
12. **in Würdigung** der Bemühungen der NATO-Verbündeten in der Schwarzmeerregion, Mittel und Wege zu finden, um den Export ukrainischen Getreides auf die Weltmärkte zu erleichtern, insbesondere der Bemühungen von Türkiye, das Schwarzmeer-Getreideabkommen so wiederzubeleben, dass es langfristig und zuverlässig funktioniert, und in Würdigung der kritischen Rolle Rumäniens mit Blick auf die Unterstützung des Weitertransports von ukrainischem Getreide in alle Welt und die zusätzlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Kapazitäten über seine Schwarzmeerbahnen und den Donau-Korridor;
13. **warnend darauf hinweisend**, dass Moskau seit der großangelegten Invasion Russlands in der Ukraine sein gesamtes Spektrum an militärischen und hybriden Taktiken, das nunmehr auch eine systematische Desinformationskampagne zur Destabilisierung der Regierung der Republik Moldau und zur Unterstützung prorussischer Kandidaten und prorussischer Parteien umfasst, weiter ausgebaut hat, um seinen Einfluss in der Schwarzmeerregion und darüber hinaus zu vergrößern;
14. **unter Begrüßung** der weitreichenden Beschlüsse, die auf den Gipfeltreffen 2022 in Madrid und 2023 in Vilnius zur Schaffung einer neuen Grundanforderung für die Abschreckung und Verteidigung der NATO gefasst wurden, die eine wesentliche Stärkung der Vorneverteidigungsfähigkeiten des Bündnisses entlang der Ostflanke, einschließlich der Aufstellung neuer multinationaler Gefechtsverbände in Bulgarien und Rumänien, sowie die detailliertesten und robustesten regionalen Verteidigungspläne seit dem Kalten Krieg umfasst;
15. die Bemühungen von Türkiye, das Übereinkommen von Montreux von 1936 überparteilich umzusetzen, welches eine wesentliche Rolle für die Sicherheit im Schwarzen Meer spielt und ein Schlüsselinstrument für den Umgang mit Eskalationen darstellt, sowie die diplomatischen Bemühungen des Landes um die Umsetzung des neuen Status Quo hinsichtlich der Durchfahrt von Kriegsschiffen durch türkische Gewässer zum Nutzen aller Beteiligten **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
16. **in lobender Anerkennung** der Entscheidung der Verbündeten, eine Koordinierungszelle für kritische Unterwasserinfrastruktur im NATO-Hauptquartier und ein maritimes Zentrum für die Sicherheit kritischer Unterwasserinfrastruktur beim Allied Maritime Command der NATO im Vereinigten Königreich einzurichten;
17. die Bemühungen der Verbündeten um die Umsetzung der maßgeschneiderten Unterstützungspakete für die am stärksten durch Einflussnahme von außen gefährdeten NATO-Partner am Schwarzen Meer sowie für Bosnien und Herzegowina, Georgien und die Republik Moldau, insbesondere die Bemühungen um die Stärkung der Resilienz der Republik Moldau, sowie die Bekräftigung des 2008 auf dem Gipfeltreffen in Bukarest gefassten Beschlusses, dass Georgien ein Mitglied der NATO wird und der Mitgliedschaftsaktionsplan dabei einen festen Bestandteil des Prozesses bildet, **unterstützend**;
18. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente des nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. eine NATO-Strategie für den Schwarzmeerraum mit einem maßgeschneiderten und strukturierten Ansatz zu entwickeln, einschließlich eines Aktionsplans, die durch eine verstärkte Unterstützung des Bündnisses für nationale Schwarzmeerstrategien unterfüttert wird;
 - b. die auf den Gipfeltreffen von Madrid und Vilnius gefassten Beschlüsse, eine neue Grundanforderung für das verstärkte Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO zu schaffen und eine starke Vorneverteidigung entlang ihrer Ostflanke zu etablieren, vollständig und wirksam umzusetzen;
 - c. die Umsetzung des neuen regionalen Plans der NATO für den Süden, der sich auf das Schwarze Meer und das Mittelmeer konzentrieren wird, in vollem Umfang zu unterstützen und dabei ihre Aufmerksamkeit gleichermaßen auf Russland und den Terrorismus zu lenken, die die größte unmittelbare bzw. die unmittelbarste asymmetrische Bedrohung für die NATO darstellen;
 - d. mit den Verbündeten im Schwarzmeerraum zusammenzuarbeiten und ihnen naheulegen, die Investitionen in den Aufbau und die Modernisierung ihrer Streitkräfte in allen Bereichen zu erhöhen sowie die kritische Infrastruktur und die rechtlichen Rahmenbedingungen, die für eine wirksame und effiziente militärische Mobilität innerhalb der Region erforderlich sind, zu verbessern;

- e. die politische, militärische, nachrichtendienstliche, finanzielle, ausbildungstechnische und humanitäre Unterstützung der Ukraine seitens der Verbündeten, der NATO, der EU und der NATO-Partner weiter zu verstärken und zu beschleunigen und diese Unterstützung so lange aufrechtzuerhalten, bis die Ukraine sich durchsetzt und mit dem Wiederaufbau beginnt;
- f. das Ziel der Ukraine, Mitglied der NATO zu werden, weiterhin zu unterstützen, indem sie das Land so weit wie möglich bei seinem Reformkurs begleiten;
- g. die Aktivitäten der Internationalen Krim-Plattform einschließlich ihrer parlamentarischen Dimension und die Schwarzmeer-Sicherheitskonferenz weiter zu unterstützen – geleitet von der Erkenntnis, dass Sicherheit im Schwarzen Meer nicht ohne die vollständige Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine einschließlich der Krim und der Hoheitsgewässer der Ukraine garantiert werden kann;
- h. ihr Versprechen einzulösen, das erweiterte Umfassende Hilfspaket für die Ukraine als Mehrjahresprogramm auf nachhaltige und berechenbare Weise zu finanzieren;
- i. die Angriffe Russlands auf kritische und lebenswichtige ukrainische Infrastrukturen, einschließlich Getreideexportterminals, weiterhin auf das Nachdrücklichste zu verurteilen;
- j. Maßnahmen zu entwickeln, um der Ukraine bei der Wiederherstellung der für den Getreideexport kritischen Infrastruktur zu helfen;
- k. die Bemühungen der Schwarzmeer-Anrainerstaaten, die Mitglieder der NATO sind, um die Aufrechterhaltung von Sicherheit, Stabilität und Navigationsfreiheit in der Region, unter anderem mithilfe des Übereinkommens von Montreux von 1936, zu unterstützen;
- l. höhere Investitionen in regionale Kräfte und Mittel im Bereich Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung, in Fähigkeiten für Präzisionsschläge aus großer Entfernung, verbesserte Küstenverteidigungssysteme, neue gestaffelte Luftverteidigungs- und Raketenabwehrsysteme, eine verstärkte Luftraumüberwachung sowie (bemannte und unbemannte) Überwasser- und Unterwasser-Marineschiffe zu fördern;
- m. verstärkte Anstrengungen zur Überwachung und Bekämpfung russischer Desinformation und Propaganda im Schwarzmeerraum zu unternehmen, auch wenn das Thema Resilienz in erster Linie ein nationales Vorrecht ist, sowie die Anstrengungen zur Verbesserung der Resilienz gegen hybride Bedrohungen zu unterstützen;
- n. die verstärkten maßgeschneiderten Unterstützungspakete für Georgien und die Republik Moldau alsbald umzusetzen und zugleich die euro-atlantische Integration Georgiens weiter aktiv zu fördern sowie Georgien dabei zu unterstützen, Schritte in Richtung einer späteren NATO-Mitgliedschaft zu unternehmen, indem es sich bemüht, seine Reformagenda, einschließlich wichtiger demokratischer Reformen, voranzubringen und das Nationale Jahresprogramm bestmöglich zu nutzen.

Entschließung 486⁴

Auf dem Weg zum Wiederaufbau in der Ukraine

Michał SZCZERBA (Polen)

Berichtersteller

Die Versammlung,

1. **beunruhigt** darüber, dass Russland mit dem Beginn des widerrechtlichen Angriffskrieges gegen die Ukraine in erster Linie der Ukraine und dem ukrainischen Volk unermessliches Leid zugefügt hat; gleichzeitig hat Russland das Völkerrecht und wichtige völkerrechtliche Normen verletzt, der Weltwirtschaft Schaden zugefügt und die Grundlagen der internationalen Nachkriegsordnung angegriffen;
2. **entschlossen**, ihren Teil zur Mobilisierung der Unterstützung beizutragen, der notwendig ist, um den ukrainischen Staat sowie seine Institutionen und das ukrainische Volk zu schützen, damit dieser enorm wichtige Partner

⁴ Vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit vorgelegt und von der Plenarversammlung am Montag, 9. Oktober 2023, in Kopenhagen (Dänemark) verabschiedet.

und dieses künftige NATO-Mitglied in der Lage ist, den Angriff Russlands zurückzuschlagen und in der Folge aus diesem Krieg als stabile und erfolgreiche Demokratie hervorzugehen;

3. **unter Betonung** der Tatsache, dass erhebliche Investitionen in den Wiederaufbau der Ukraine nicht nur für die langfristige Widerstandsfähigkeit des Landes, sondern auch für die transatlantische Sicherheit und die von ihr verfochtenen demokratischen Werte entscheidend sind;
4. die großzügige militärische, humanitäre und finanzielle Unterstützung, die die Verbündeten, internationale Finanzinstitutionen und die internationale Gemeinschaft allgemein der Ukraine in ihrer akuten Notlage zur Verfügung gestellt haben, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
5. **unter Begrüßung** der Maßnahmen der Geber zur Koordinierung der militärischen, humanitären und wirtschaftlichen Unterstützung für die Ukraine, mit der die Wirkung der Hilfen maximiert und bürokratische und andere Bürden für das ukrainische Volk abgebaut werden sollen;
6. **feststellend**, dass die Ukraine ihre eigenen Bedürfnisse am besten kennt und – wie im Erholungs- und Entwicklungsplan des Landes festgelegt – Architektin ihres Wiederaufbaus sein muss;
7. **unter Begrüßung** der Einrichtung des Ukraine-Entwicklungsfonds, der die grundlegende Rolle des privatwirtschaftlichen Sektors und internationaler Investitionen im Wiederaufbauprozess anerkennt und effektiv versucht, den Umfang der privaten Investitionen in der Ukraine zu erhöhen;
8. die Kriegsverbrechen Russlands und die vorsätzlichen, systematischen, unmoralischen und kriminellen Angriffe auf zivile Ziele und die kritische Infrastruktur einschließlich der intensiven vorsätzlichen Angriffe auf die Schwarzmeer- und Donauhäfen der Ukraine und der landwirtschaftlichen Einrichtungen, die Massaker gegen Zivilisten, den Einsatz von Folter und sexueller Gewalt als Kriegswaffe, die Verschleppung und Entführung von Kindern, die Verstümmelung von Kriegsgefangenen und Anschläge auf dicht besiedelte Gebiete **verurteilend**;
9. **zur Kenntnis nehmend**, dass der Wiederaufbau der Ukraine eine beispiellose Mobilisierung von Ressourcen erfordern wird, aber dass der Nutzen für die Ukraine, das internationale System und die Weltwirtschaft diese Anfangskosten mehr als wettmachen werden;
10. **eingedenk** der Tatsache, dass die Achtung der menschlichen Würde und der Menschenrechte ein Kernwert sein muss, der dem Wiederaufbau zugrunde liegt;
11. **feststellend**, dass der Krieg von der traumatisierten ukrainischen Bevölkerung einen schrecklichen Preis gefordert hat, diese aber auf diese Herausforderungen mit bewundernswerter Widerstandskraft und der klaren Entschlossenheit reagiert hat, in diesem Krieg die Oberhand zu behalten und eine dauerhafte, stabile und erfolgreiche Demokratie aufzubauen;
12. **zur Kenntnis nehmend**, dass die Ukraine vor der langfristigen Herausforderung steht, den Osten des Landes von den von den russischen Truppen gelegten Minen zu befreien, durch die ganze Landstriche unbrauchbar geworden sind;
13. **in Anerkennung** der Tatsache, dass der Wiederaufbauprozess nicht zu einer Rückkehr zum Status quo ante, sondern zur Entwicklung eines technologisch fortschrittlichen Marktes führen sollte, der in der Lage ist, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern;
14. **erneut bekräftigend**, dass die Perspektive der euro-atlantischen Integration der Ukraine die Wiederaufbaumaßnahmen des Landes mit Kohärenz, Struktur und Ambitionen, die den Wünschen und Bedürfnissen des ukrainischen Volkes und ihrer demokratisch gewählten Regierung Rechnung tragen, beflügeln wird;
15. **ermutigt** ob der Tatsache, dass die Ukraine auch inmitten eines schrecklichen Krieges weiter Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung und Verbesserung der Transparenz erzielt und in vielerlei Hinsicht bereits den Wiederaufbauprozess eingeleitet hat;
16. **überzeugt**, dass Russland für die Schäden aufkommen muss, die es der Wirtschaft und Infrastruktur und den Menschen in der Ukraine zugefügt hat, und dass die ersten Zahlungen aus den beschlagnahmten russischen Vermögenswerten entnommen werden sollten;

17. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

- a. in ihre Unterstützung der Ukraine teilweise die Erkenntnis einfließen zu lassen, dass das letztendliche Ziel des Kremls lautet, die europäische Sicherheitsordnung grundlegend zu verändern, die Präsenz der NATO in Europa zu beenden und die Grenze seines Staates weiter in das Herz des Kontinents zu verschieben, und zu verstehen, dass eine starke, demokratische und sichere Ukraine der Schlüssel für die Abwehr der schändlichen Pläne des Kremls in Bezug auf Europa ist;
- b. die Unterstützung für die Beseitigung von Minen in den ländlichen Gebieten der Ukraine zu priorisieren, da dies von wesentlicher Bedeutung für die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Aktivitäten in einem großen Teil des Gebietes in dem Land ist, und ihre Unterstützung für die Beseitigung und Entschärfung explosiver Altlasten aus dem Krieg, die weiterhin eine Gefahr für Zivilistinnen und Zivilisten darstellen, anzubieten;
- c. den Grundsatz anzuerkennen, dass die Ukraine letztlich selbst für ihren Wiederaufbau verantwortlich ist, und dementsprechend ihre Unterstützung eng mit ukrainischen Regierungsvertretern und der ukrainischen Zivilgesellschaft abzustimmen;
- d. dafür zu sorgen, dass Russland für das Verbrechen der Aggression, Kriegsverbrechen einschließlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die in der Ukraine begangenen und gemeldeten Akte des Völkermordes sowie die schrecklichen und nicht zu rechtfertigenden Schäden, die es verursacht hat, zur Rechenschaft gezogen wird und dass das Land zur Finanzierung des Wiederaufbaus beiträgt – teilweise mithilfe beschlagnahmter und eingefrorener russischer Vermögenswerte, soweit dies rechtlich möglich ist -, und fordert alle Staaten auf, einen entsprechenden Rahmen zu entwickeln;
- e. weiterhin mit Vertreterinnen und Vertretern des ukrainischen Staates und der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, um zum Aufbau resilienter demokratischer Institutionen, rechtlicher Rahmenbedingungen und zivilgesellschaftlichen Verfahren beizutragen, die gemeinsam die Transparenz und staatliche Rechenschaftspflicht verbessern und gleichzeitig der Ukraine helfen, den Umfang der Korruption im Land zu reduzieren;
- f. zu versuchen, die militärische, humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung für die Ukraine zu koordinieren und zu bündeln, um die Lasten auf wertvolle staatliche Ressourcen und das Personal zu minimieren, und diese Unterstützung regelmäßig zu überprüfen, damit sie nicht zweckentfremdet wird und somit dem Ziel des Aufbaus einer sicheren, demokratischen und erfolgreichen Ukraine dient, die in den demokratischen Werten und im institutionellen Leben der transatlantischen Völkergemeinschaft verankert ist;
- g. die Ukraine weiterhin hauptsächlich mithilfe zuschussbasierter Hilfen zu unterstützen und die zuschussbasierten Hilfen erst nach Wiederherstellung der Souveränität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und nach der Umsetzung umfangreicher, zwischen der Ukraine und ihren euroatlantischen Partnern vereinbarten Wiederaufbauprogramme in Kreditstrukturen umzuwandeln, um den Staatshaushalt nicht überzustrapazieren, sondern die Rückkehr zu normalen fiskalischen Verfahren und den guten Brauch einer demokratisch kontrollierten Haushaltsführung zu beschleunigen;
- h. der Ukraine bei der Bewältigung der emotionalen und psychologischen Traumata zu helfen, unter denen die ukrainische Bevölkerung leidet, und dafür zu sorgen, dass diese Betreuung auf inklusive und unvoreingenommene Weise allen Ukrainerinnen und Ukrainern zugutekommt, darunter auch Minderheitengruppen, Frauen und Kindern, die auch in den Wiederaufbauprozess einbezogen werden müssen;
- i. die Ukraine auf ihrem Weg in die EU- und NATO-Mitgliedschaft zu unterstützen und ihre Unterstützungsprogramme gezielt dafür einzusetzen, dass dieses Ziel Wirklichkeit wird.

Entschließung 487⁵**Die Umsetzung der Beschlüsse des Gipfeltreffens von Vilnius: Die Anpassung der NATO beschleunigen und die Ukraine unterstützen****Tomas VALASEK (Slowakei)**

Generalberichterstatter

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung** der auf dem richtungsweisenden Gipfeltreffen von Vilnius am 11. und 12. Juli 2023 demonstrierten Geschlossenheit und einheitlichen Zielsetzung der Verbündeten sowie ihres Bekenntnisses zu gemeinsamen Werten und **unter Begrüßung** der Verabschiedung weitreichender Beschlüsse, die das Bündnis angesichts der schwersten sicherheitspolitischen Krise im euro-atlantischen Raum seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und anderer vielfältiger und komplexer Herausforderungen in dieser Ära eines neuen strategischen Wettbewerbs stärken werden;
2. **in Würdigung** der deutlichen Übereinstimmung zwischen den Beschlüssen des Gipfeltreffens von Vilnius und den Empfehlungen der NATO PV, die in den auf der Tagung in Luxemburg im Mai 2023 angenommenen Erklärungen 481 und 482 formuliert wurden, einschließlich der Aufforderung, die vollständige Umsetzung der neuen Grundanforderung für das gestärkte Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO zu beschleunigen, und des erneuten Bekenntnisses zu allen Aspekten der Unterstützung der Verbündeten für die Ukraine;
3. der auf dem Gipfeltreffen von Vilnius bekräftigten Feststellung, dass die Russische Föderation die größte und unmittelbarste Bedrohung für den Frieden und die Stabilität im euro-atlantischen Raum darstellt und dass der Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen und Ausprägungen die unmittelbarste asymmetrische Bedrohung für das Bündnis ist, **voll und ganz zustimmend**;
4. **unter schärfster Verurteilung** der Fortsetzung und Eskalation des rechtswidrigen, grundlosen und brutalen Krieges durch Russland, bei dem regelmäßig und unverhohlen Ballungszentren und zivile Infrastrukturen wie Lebensmittellager und Verkehrseinrichtungen ins Visier genommen werden und bei dem in den illegal besetzten Gebieten systematisch zahlreiche grausame Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gemeldete Akte des Völkermords begangen werden, und **unter erneuter Bekräftigung** ihres Standpunkts, dass der russische Staat unter seiner derzeitigen Führung ein terroristischer Staat ist;
5. **überzeugt**, dass die NATO eine klare Vorstellung über die Frage haben sollte, wie der Krieg in der Ukraine enden muss, und der Ukraine zur Seite stehen sollte, bis die Ukraine den Sieg errungen hat;
6. die widerrechtlichen Versuche Russlands, Teile des ukrainischen Territoriums zu annektieren, was von der internationalen Gemeinschaft niemals anerkannt oder akzeptiert wird, **zurückweisend**;
7. **in Bekräftigung** ihrer uneingeschränkten Unterstützung für die Demokratie, Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Unversehrtheit sowie das Selbstverteidigungs- und Selbstbestimmungsrecht der Ukraine und dabei den Beschluss des Gipfeltreffens von Vilnius, der Ukraine ein neues substanzielles Paket erweiterter politischer und praktischer Unterstützung anzubieten, sowie die Ankündigung neuer bilateraler Unterstützungspakete ausdrücklich begrüßend;
8. **davon überzeugt**, dass die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO der beste Weg ist, um künftige russische Aggressionen zu verhindern, und dass die euro-atlantische Integration der Ukraine zur kollektiven Verteidigung der Verbündeten beitragen würde, sowie in diesem Zusammenhang den Beschluss des Gipfeltreffens von Vilnius, das Verfahren für die Integration der Ukraine in die NATO zu straffen und zu verbessern, indem das Erfordernis eines Mitgliedschaftsaktionsplans beseitigt wird, und die Einrichtung des NATO-Ukraine-Rates **begrüßend**;
9. ferner **unter Begrüßung** der Zusage der G7-Staaten, bilaterale Sicherheitszusagen und Sicherheitsarrangements mit der Ukraine auszuhandeln und anhaltende militärische und wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren, wobei sich die Ukraine verpflichtet, ihr Reformprogramm voranzutreiben;

⁵ Vom Politischen Ausschuss vorgelegt und von der Plenarversammlung am Montag, 9. Oktober 2023, in Kopenhagen (Dänemark) verabschiedet.

10. dem bevorstehenden Beitritt Schwedens zur NATO, der sowohl Schweden als auch die NATO stärker und sicherer machen wird, **erwartungsvoll entgegensehend**;

11. **unter Bekräftigung** ihrer entschlossenen Unterstützung für die territoriale Unversehrtheit und die Souveränität Georgiens und der Republik Moldau sowie die euro-atlantische Integration Georgiens und Bosnien und Herzegowinas;

12. sich den auf dem Gipfeltreffen von Vilnius geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der vielfältigen und systemischen Herausforderungen, die von der Volksrepublik China für die euro-atlantische Sicherheit ausgehen, da Peking in Partnerschaft mit Moskau die regelbasierte internationale Ordnung zu schwächen versucht, **anschießend**;

13. **unter Betonung** der Tatsache, dass die weitere Entwicklung von Partnerschaften mit gleich gesinnten Partnern im indopazifischen Raum sehr wichtig ist;

14. **in Würdigung** der auf dem Gipfeltreffen von Vilnius gefassten richtungsweisenden Beschlüsse zur Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO, einschließlich der Einführung einer neuen Generation regionaler Verteidigungspläne, der Umsetzung des neuen NATO-Streitkräftenmodells, der Optimierung der Führungsverfahren, der Ankündigung einer erneuten Investitionszusage für den Verteidigungsbereich und der Verabschiedung eines Aktionsplans zur wehrtechnischen Produktion;

15. den 360-Grad-Sicherheitsansatz des Bündnisses, mit dem die Fähigkeit bewahrt werden soll, zahlreichen und vielschichtigen Herausforderungen zu begegnen, einschließlich der Instabilität im Süden, der Auswirkungen des Klimawandels, der Bedrohungen im Weltraum und im Cyberbereich, der Bedrohungen der Energieversorgungssicherheit und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, letalen autonomen Waffensystemen und neuen zerstörerischen Technologien, **unterstützend**;

16. dem zum 75-jährigen Jubiläum der NATO stattfindenden Gipfeltreffen 2024 in Washington als Gelegenheit, die beständige Stärke des transatlantischen Bundes zu bekräftigen und das Bündnis als Bollwerk der regelbasierten internationalen Ordnung weiter zu festigen, unter anderem durch die Umsetzung des Bekenntnisses der NATO zu gemeinsamen demokratischen Werten, **erwartungsvoll entgegensehend**;

17. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente des nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die auf dem Gipfeltreffen von Vilnius gefassten Beschlüsse vollständig und unverzüglich umzusetzen, insbesondere im Hinblick auf die Gewährleistung der Fähigkeit des Bündnisses, jeden Zentimeter seines Territoriums zu verteidigen und zusätzliche robuste, kampfbereite vorwärtsdislozierte Kräfte an die Ostflanke der NATO zu verlegen und einsatzfähig zu halten;

b. ihre erneute Investitionszusage für den Verteidigungsbereich, jährlich mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Verteidigung und dabei mindestens 20 Prozent des Verteidigungsetats in Großgerät zu investieren, in vollem Umfang und zügig zu erfüllen, auch wenn aufgrund der stärker umkämpften Sicherheitsordnung wahrscheinlich Ausgaben von mehr als 2 Prozent des BIP nötig sein werden;

c. mehr zu unternehmen, um die internationale Staatengemeinschaft dazu zu bewegen, den Versuchen revisionistischer autoritärer Mächte, das auf den Grundsätzen der VN-Charta fußende regelbasierte globale System zu untergraben, entgegenzutreten, und das Bekenntnis der Verbündeten zu gemeinsamen demokratischen Werten in die Tat umzusetzen, indem unter anderem im Vorfeld des Washingtoner Gipfels 2024 im NATO-Hauptquartier ein Zentrum für demokratische Resilienz eingerichtet wird, das als Plattform für die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und den Austausch bewährter Verfahren unter den Verbündeten und ihren Partnern dienen soll;

d. sich auf weitere mutige strategische Entscheidungen im Hinblick auf die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu einigen;

e. ihre militärische, nachrichtendienstliche, finanzielle, ausbildungstechnische und humanitäre Unterstützung für die Ukraine auszubauen, unter anderem durch die beschleunigte Lieferung ausreichender Mengen moderner Waffen, die die Ukraine zu ihrem Schutz und zur Wiederherstellung ihrer territorialen Unversehrtheit innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen von 1991 benötigt, darunter auch Langstreckenflugkörpern und Mehrzweck-Kampfflugzeugen, und diese Unterstützung so lange aufrechtzuerhalten, bis die Ukraine sich durchsetzt, wobei der Grundsatz „Nichts über die Ukraine ohne die Ukraine“ bekräftigt wird;

f. die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des transatlantischen Konsenses über die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu verstärken und die zwischen der NATO und der Ukraine bestehenden Partnerschaftsstrukturen, einschließlich des NATO-Ukraine-Rates, gezielt zu nutzen, damit die Ukraine die Bedingungen für eine Mitgliedschaft möglichst bald erfüllt;

- g. die von der Ukraine mit Blick auf die Reformen, die zwecks Erfüllung der Voraussetzungen für die NATO-Mitgliedschaft umzusetzen sind und auf die im Kommuniqué des Gipfeltreffens von Vilnius Bezug genommen wurde, klar zu definieren;
- h. auf die Einsetzung eines Sondertribunals hinzuwirken, um Russlands Verbrechen der Aggression strafrechtlich zu verfolgen, sowie nationale und internationale Gerichte bei der Dokumentation und Verfolgung der zahlreichen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und etwaigen Akten des Völkermords, die während Russlands Krieg gegen die Ukraine begangen wurden, zu unterstützen;
- i. die Sanktionen gegen Russland, die darauf abzielen, seine Fähigkeit zur Fortsetzung des Krieges so lange zu beeinträchtigen, bis es seine Aggression beendet und alle seine Truppen aus dem gesamten Gebiet der Ukraine abzieht, auszuweiten und aufrechtzuerhalten und die nationalen und multilateralen Mechanismen zur Verhinderung der Umgehung von Sanktionen zu stärken;
- j. die Fähigkeit, Bedrohungen durch terroristische Gruppen zu bekämpfen, durch Abschreckung zu verhindern, abzuwehren und auf sie zu reagieren, weiter zu verbessern sowie die Zusammenarbeit mit den einschlägigen Partnern beim Kapazitätsaufbau zu verstärken und die Arbeit des NATO-Sonderkoordinators für die Terrorismusbekämpfung zu unterstützen;
- k. der südlichen Nachbarschaft angemessene Beachtung zu schenken und den Nordatlantikrat bei der Erstellung einer umfassenden Studie über die sicherheitspolitischen Herausforderungen und die Chancen einer Zusammenarbeit mit den südlichen Partnern zu unterstützen;
- l. die Bemühungen fortzusetzen, um die von China ausgehende systemische Herausforderung anzugehen, unter anderem durch den Ausbau des gemeinsamen Lagebilds und die Erhöhung der Resilienz und Einsatzbereitschaft sowie durch die Risikominderung in den Wirtschaftsbeziehungen und die Zusammenarbeit mit neuen und bestehenden Partnern im indopazifischen Raum, und zugleich weiter unter bestimmten Voraussetzungen Möglichkeiten für einen konstruktiven Dialog mit Peking zu suchen, insbesondere in Bezug auf die strategische Risikominderung und mehr Transparenz hinsichtlich der chinesischen Strategien und Fähigkeiten im Kernwaffenbereich;
- m. die Zusammenarbeit mit dem einzigartigen und unentbehrlichen Partner der NATO, der Europäischen Union, weiter auszubauen, unter anderem durch das Anstreben von Synergien im Bereich der militärischen Mobilität, durch eine größtmögliche Einbindung der nicht zur EU gehörenden Verbündeten in die EU-Anstrengungen im Verteidigungsbereich und durch die Unterstützung der Arbeit der Koordinierungsstelle für NATO- und EU-Personal zur Ukraine;
- n. die gefährdeten Partner Bosnien und Herzegowina, Georgien und die Republik Moldau zu ermutigen, die Unterstützungsinstrumente der NATO in vollem Umfang zur Stärkung ihrer Resilienz, Erhöhung der Sicherheit und Durchführung von Reformen zu nutzen, und die euro-atlantische Integration Georgiens und Bosnien und Herzegowinas weiter zu unterstützen und dabei Fortschritte bei den notwendigen Reformen zu fördern;
- o. auf den westlichen Balkan als eine Region von strategischem Interesse für das Bündnis weiterhin einen Schwerpunkt zu legen, indem unter anderem die NATO-geführte Kosovo-Truppe (KFOR) in ihren Bemühungen unterstützt wird, auf die wiederkehrenden Spannungen zu reagieren, und gleichzeitig Belgrad und Pristina aufzufordern, zu deeskalieren und das in Brüssel und Ohrid erzielte Abkommen nach Treu und Glauben umzusetzen;
- p. die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit weiter zu fördern und sie in alle Kernaufgaben der NATO miteinzubeziehen;
- q. die NATO in vollem Umfang als Plattform zu nutzen, um das Verhältnis zwischen Klimawandel und Sicherheit zu thematisieren, unter anderem durch die Unterstützung der Arbeit des Exzellenzzentrums zu Klimawandel und Sicherheit.

Entschließung 488⁶

Die Verbesserung des Schutzes der kritischen maritimen Infrastruktur des Bündnisses

Njall Trausti FRIDBERTSSON (Island)

Generalberichterstatter

Die Versammlung,

1. **zur Kenntnis nehmend**, dass der Schutz der kritischen maritimen Infrastruktur, z.B. Unterwasserkommunikations- und Energieleitungen sowie Offshore-Windparks, Bohrinseln und Pipelines, von grundlegender Bedeutung für den kontinuierlichen Strom an Waren, Energie und Informationen ist;
2. **daran erinnernd**, dass dieser Schutz der kritischen Infrastruktur im Hoheitsgebiet der Verbündeten in erster Linie in der nationalen Verantwortung der einzelnen Staaten liegt;
3. **mit Hinweis darauf**, dass diese Infrastruktur nicht nur für die grundlegende Funktionsweise unserer Staaten und Volkswirtschaften, sondern auch für die Sicherheit der NATO-Mitgliedstaaten und des Bündnisses unerlässlich ist;
4. **beunruhigt** über die Vulnerabilität der kritischen maritimen Infrastruktur und feststellend, dass Russland diese Infrastruktur aktiv erfasst;
5. **unter Begrüßung** des Beschlusses der NATO, die Anzahl der Schiffe zu erhöhen, die in der Nord- und Ostsee sowie im Mittelmeer patrouillieren, und ihre Präsenz um essenzielle Unterwasser-Infrastruktur herum zu erhöhen;
6. die Herausforderungen **zur Kenntnis nehmend**, die mit dem Schutz großer Meeresgebiete, den Tiefen, in denen Operationen durchgeführt werden müssen, und den damit verbundenen komplexen technologischen Zusammenhängen einhergehen;
7. **in Kenntnis** dessen, dass es schwierig ist, vor dem Hintergrund der modernen Fähigkeiten böswilliger staatlicher und nichtstaatlicher Akteure und der wichtigen Rolle privater Akteure beim Betrieb eines Großteils der maritimen Infrastruktur Angriffe zu erkennen;
8. den dualen Charakter der technologischen Errungenschaften **zur Kenntnis nehmend** und die Notwendigkeit einer effektiven Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Stellen beim Schutz der kritischen maritimen Infrastruktur **unterstreichend**;
9. die Rolle von Technologie einschließlich Sensoren und autonomer Systeme im Hinblick auf den Schutz dieser Infrastruktur **hervorhebend**; dies bezieht sich unter anderem auf die Unterstützung der Identifizierung von Bedrohungen, Überwachung und Beobachtung sowie die Lagerfassung;
10. **unter Begrüßung** der nationalen Maßnahmen der Verbündeten zum Schutz der kritischen maritimen Infrastruktur, z.B. die Beschaffung von Überwachungsbooten mit mehrfachen Funktionen, die Entwicklung von autonomen und ferngesteuerten Drohnen und Investitionen in weitere unbemannte Systeme;
11. NATO-Initiativen wie Operation Sea Guardian und die Einrichtung der Koordinierungszelle zum Schutz kritischer Unterwasserinfrastruktur (CUICC) und des Maritimen Zentrums für die Sicherheit der kritischen Unterwasserinfrastruktur innerhalb von MARCOM zur Unterstützung des Engagements der Industrie und Förderung der Nutzung innovativer Technologien, die die Verteidigungsfähigkeiten verbessern, **unterstützend**;
12. **unter Hervorhebung** der wichtigen Rolle der NATO-Organisation für Wissenschaft und Technologie (STO) bei der Förderung und Koordinierung innovativer Lösungen für maritime Sicherheits Herausforderungen, insbesondere über das Zentrum für Meeresforschung und -versuche (CMRE), das ungeachtet eingeschränkter finanzieller Ressourcen wertvolle Forschungsarbeit leistet, die fortwährenden Lücken in den maritimen Fähigkeiten der Verbündeten adressiert;

⁶ Vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie vorgelegt und von der Plenarversammlung am Montag, 9. Oktober 2023, in Kopenhagen (Dänemark) verabschiedet.

13. die Maßnahmen der NATO zur Stärkung der Fähigkeiten für die Überwachung und den Schutz kritischer Unterwasserinfrastruktur, z. B. die Arbeit des Defence Innovation Accelerator for the North Atlantic (DIANA) zum Thema "Erkundung der Unterwasserumgebung im Küstenbereich" (Sensing the Coastal Undersea Environment) und die Aktivitäten von Science for Peace and Security (SPS) mit dem Schwerpunkt auf maritimer Lageerfassung, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;

14. **unter Begrüßung** der Einsetzung der NATO-EU-Taskforce für die Resilienz kritischer Infrastrukturen und der Zusammenarbeit zwischen der NATO und Partnerländern wie Japan zur Verbesserung der maritimen Fähigkeiten durch erhöhte Interoperabilität und Einsatzbereitschaft;

15. **in Würdigung** der Bemühungen der EU um die Verbesserung des Schutzes der Unterwasser-Infrastruktur und unter Hervorhebung der wertvollen Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU in maritimen Fragen, insbesondere der Initiativen, an denen die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) in Lissabon beteiligt ist;

16. **unter Hinweis darauf**, dass im Strategischen Konzept der NATO die Notwendigkeit anerkannt wird, strategische Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten in Bezug auf die kritische Infrastruktur der Verbündeten zu identifizieren und zu mindern;

17. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente des nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. das Bewusstsein über die Notwendigkeit, die Resilienz der kritischen maritimen Infrastruktur zu verbessern und Maßnahmen zu deren Schutz zu priorisieren, zu schärfen;

b. die Maßnahmen der NATO und der Verbündeten auf nationaler Ebene zum Schutz der kritischen maritimen Infrastruktur durch Förderung der Entwicklung nationaler strategischer Doktrinen zu verstärken;

c. die Abhängigkeit der Verbündeten von mit hohen Risiken verbundenen Dienstleistern zu verringern und zu diesem Zweck sicherere Alternativen zu fördern und die Zusammenarbeit mit Partnern – darunter der EU – zu vertiefen;

d. die Zusammenarbeit unter den Verbündeten zu stärken und zu diesem Zweck die gemeinsame Nutzung von Daten, nachrichtendienstlichen Erkenntnissen, nationalen Risikobewertungen, Meldungen über besondere Vorkommnisse und bewährten Verfahren mithilfe von Plattformen wie das CUICC zu fördern und gleichzeitig die Interoperabilität wichtiger Sensortechnologien zu verbessern;

e. die Fähigkeiten der Verbündeten in den Bereichen Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung (ISR) zum Aufspüren von Fahrzeugen, zur Entdeckung von Bedrohungen sowie für die Kommunikation und strategische Planung zu verbessern;

f. Investitionen in die STO und insbesondere das CMRE zu erhöhen, um deren Potenzial für die Identifizierung von Risiken und Vulnerabilitäten in Bezug auf neue und disruptive Technologien (EDT) zu nutzen und Verteidigungsfähigkeiten wie Sensoren und autonome Systeme zu entwickeln;

g. die dringend benötigte Unterstützung für das CUICC und das Maritime Zentrum für die Sicherheit kritischer Unterwasserinfrastruktur von MARCOM bereitzustellen, um den Dialog mit der Industrie als Grundlage für Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu institutionalisieren und zu stärken, die die Entwicklung von Verteidigungsfähigkeiten erleichtern und die Resilienz der kritischen maritimen Infrastruktur verbessern;

h. stringente Evaluierungsprozesse für militärische Systeme und die kritische maritime Infrastruktur aufzusetzen und zu diesem Zweck rigorose Bewertungen und Prüfungen durchzuführen, um zu gewährleisten, dass alle Hardware- und Softwarekomponenten etablierte Sicherheitsstandards erfüllen.

